

## Normalisierungsstrategien in der Rhetorik der FPÖ: Die politische Alchemie, Kritik in Unterstützung zu verwandeln<sup>1</sup>

*In der Phase ihres Aufstiegs entwickelten die Freiheitlichen unter Jörg Haider ein auffallendes Geschick, Kritik an ihren fremdenfeindlichen Kampagnen und wiederholten rechtsradikalen Ausritten nicht nur weitgehend unbeschadet zu überstehen, sondern darüber hinaus sogar umzukehren und für die eigene Profilierung zu nützen. Die rhetorische Immunisierung erreichten sie mit Hilfe eines Komplexes von strategischen Diskurspraktiken, welche sich um das von ihnen installierte Schlagwort ‚Ausgrenzung‘ organisierten: Aus dem Umstand, dass Bundeskanzler Vranitzky eine Koalition mit Haider ausschloss, leiteten sie die Behauptung ab, sie würden in undemokratischer Weise ‚ausgegrenzt‘. Ich untersuche einerseits die Funktionsweise dieser Unterstellung, andererseits Aspekte freiheitlicher Anstrengungen, den Begriff im allgemeinen Sprachgebrauch zu etablieren, und beleuchte ihre Beziehung zu anderen hegemonialpolitischen Taktiken, wie der systematischen Diskreditierung kritischer Stimmen oder der Enteignung und Umdeutung gegnerischer politischer Themen und Diskurselemente. Diese beeinflussten in den 90er Jahren erfolgreich den Deutungsrahmen öffentlicher Debatten und damit die Wahrnehmung politischer Problemlagen in Österreich.*

Eine sozialwissenschaftliche Diskursanalyse als kritische Auseinandersetzung mit Sprache, Ideologie und Macht könnte sich zu einem wichtigen methodischen Standbein der Politikwissenschaft entwickeln, wenn es ihr gelingt, jene sozialen Mechanismen zu erfassen, wie über die Hegemonie bestimmter Sprechweisen interessen geleitete Vorstellungen gesellschaftlicher Verhältnisse ‚normal‘ werden. Als Interpretationsrahmen in öffentlichen Auseinandersetzungen<sup>2</sup> haben Diskurse – im Sinne von habitualisierten Deutungsmustern<sup>3</sup> – einen bestimmenden Einfluss darauf, was von einem breiten Publikum implizit mitverstanden wird und wie daher politische Probleme und Konstellationen wahrgenommen werden.

Von politikwissenschaftlichem Interesse sind die wiederkehrenden Strukturen konnotierter Bedeutungen als sozial oder parteipolitisch partikulare Sprechpraktiken, deren gesellschaftlich zirkulierenden Deutungsangebote je von bestimmten Gruppen als erfahrungsnah, als gültige Vorstellungen der Wirklichkeit und damit als

‚wahr‘ angesehen werden. Was für die einen als common sense, als in der täglichen Kommunikation reproduziertes ‚soziales Wissen‘ gilt, scheint den anderen als pure Ideologie, weil es als Sprech- und Darstellungsweise von anderen als der je eigenen Gesellschaftsschicht, Subkultur, parteipolitischen Anschauung usw. erkannt und bewertet wird.

Ziel von Normalisierungsstrategien ist, diesen Effekt zu unterlaufen und möglichst zentrale Elemente des eigenen Diskurses beim politischen Gegner zu verankern, sodass sie eine von diesem in der Auseinandersetzung berücksichtigte, reale Orientierungsgröße werden, wenn nicht sogar allgemeiner ideologisch unauffälliger Sprachgebrauch. Wenn Diskurse dominant werden, stecken sie den Rahmen dessen ab, was zu einem bestimmten Zeitpunkt ‚politisch möglich‘ ist.

Ich möchte diese Fragen an einem Aspekt der Normalisierungsstrategien von Politikern und Politikerinnen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) behandeln, von dem ich glaube,

dass er in der Phase des Aufstiegs von einer Fraktion, die vor 1986 unter 5% Stimmanteil zu fallen drohte, zur zeitweilig zweitstärksten Partei in Österreich nicht ohne Bedeutung war. Im besonderen am Schlagwort ‚Ausgrenzung‘, das den Freiheitlichen als ein Schlüsselsymbol diente, um einem Repertoire an diskursiven Elementen, nämlich sowohl eigenen, als vor allem auch gegnerischen, eine bestimmte Ordnung einzutragen und ihnen damit eine bestimmte Deutungsrichtung zu verleihen.

Jörg Haider prägte dieses Schlagwort nach seiner innerparteilichen Machtergreifung am Innsbrucker Parteitag vom 13. September 1986, nachdem der sozialdemokratische Kanzler Franz Vranitzky die kleine Koalition mit der FPÖ beendete und verkündete, mit den Freiheitlichen unter der neuen Führung künftig keine Regierungszusammenarbeit einzugehen.<sup>4</sup> Aus freiheitlicher Sicht war die österreichische Innenpolitik danach von der ‚Ausgrenzung‘ der FPÖ geprägt. Andreas Mölzer, lange Zeit freiheitlicher Grundsatzreferent, schrieb später: „Diese Verweigerung des politischen Diskurses und in der Folge die Verweigerung zumindest partieller sachpolitischer Zusammenarbeit war natürlich immer undemokratisch.“<sup>5</sup> Der Ausgrenzungsvorwurf wurde von Freiheitlichen über eineinhalb Jahrzehnte beharrlich wiederholt, obwohl man bei einer Partei, die in allen wichtigen politischen Gremien vertreten und in deren politische Geschäfte eingebunden war,<sup>6</sup> sicher nicht im klassischen Sinn von Ausgrenzung sprechen konnte. Auch zu Zeiten der großen Koalition wurden bis über zwei Drittel der Gesetzesmaterien mit der zuvor akkordierten Zustimmung der Freiheitlichen Fraktion verabschiedet,<sup>7</sup> in manchen Bundesländern war die FPÖ sogar an Proporzregierungen beteiligt. Mit der ursprünglichen Verwendung des Begriffs ‚Ausgrenzung‘ für einen Sachverhalt, der Arbeitslose, ethnische Minderheiten etc. betrifft, ist die der Freiheitlichen also nicht direkt vergleichbar, er wurde dementsprechend von den anderen Parteien schon früh zurückgewiesen.<sup>8</sup>

Dennoch setzte sich dieser Sprachgebrauch im Laufe der Zeit relativ breitenwirksam durch, wurde sogar von FPÖ-kritischen SozialwissenschaftlerInnen unhinterfragt verwendet.<sup>9</sup> Die

Medien hatten den Begriff bald übernommen, er half ihnen bei ihrer Aufgabe, neue Informationen um bewährte Sujets zu gruppieren. Archive österreichischer Tageszeitungen liefern jeweils etwa 10 bis 15 Artikel pro Jahr mit dem Begriff ‚Ausgrenzung‘ bezogen auf die FPÖ, er war in innenpolitischen Debatten der 90er Jahre also ständig präsent. Sogar heute noch sind viele der Ansicht, auch wenn sie dem freiheitlichen Lager durchaus nicht nahe stehen, die FPÖ wäre vor 1999 ‚ausgegrenzt‘ worden. Vereinzelt Dekonstruktionsversuche von PolitikerInnen und JournalistInnen fanden in öffentlichen Debatten keinen nachhaltigen Niederschlag. Während diese den Vorwurf ungerechtfertigter oder undemokratischer Diskussionsverweigerung zurückwiesen,<sup>10</sup> erklärten die Freiheitlichen, dass ihnen ihrem eigenen Empfinden nach durch „atmosphärische Störungen“ signalisiert wurde, nicht dazuzugehören.<sup>11</sup> Um den feinen semantischen Unterschied herauszustreichen, der alltägliche Vorgänge der politischen Auseinandersetzung aus dem Licht undemokratischen Verhaltens rückt, versuchten der sozialdemokratische Nationalratspräsident Fischer und Bundeskanzler Vranitzky 1991/92 im Sprachgebrauch durchzusetzen, sie würden sich von der Haider-FPÖ wegen deren rechtsradikalen Positionen „abgrenzen“. Sie hatten damit auf Dauer ebenso wenig Erfolg wie der ÖVP-Klubobmann Khol, der versuchte, gegen das Schlagwort der „Ausgrenzung“ das des „Verfassungsbogens“ zu etablieren, außerhalb dessen sich die FPÖ selbst stelle.

Dominant werden Diskurse, wenn ein bestimmter, von einer gesellschaftlichen Gruppe eingeführter Sprachgebrauch auch von deren Kontrahenten übernommen wird, sodass er bei einem breiteren Publikum die damit einhergehende Interpretation politischer Vorgänge stützt. Ich werde zuerst auf der Grundlage von knapp 250 Zeitungsbelegen<sup>12</sup> historisch nachzeichnen, wie der Ausgrenzungsbegriff eingeführt, verwendet und im Laufe der 90er Jahre auch von Politikern und Politikerinnen der SPÖ und der ÖVP übernommen wurde, um an den Regelmäßigkeiten seines Gebrauchs seine Funktionsweise zu beleuchten.

Eine subtilere Form diskursiver Dominanz ist, wenn sich diskursiv ‚unterlegene‘ politische Akteure mehr oder weniger vorbewusst so weit an einem spezifischen Sprachgebrauch ihrer ‚dominierenden‘ politischen Kontrahenten orientieren, dass ihre solcherart übernommenen Sprechweisen von Dritten so gelesen werden, als ob sie den Deutungsrahmen des dominierenden Diskurses implizit unterstützten. Durch die breitere Übernahme wird eine Perspektive normalisiert, ein bestimmter Interpretationsrahmen, der bei politischen Akteuren unterschiedlicher Lager eine Vorstellung davon verankert, was als herrschende Werte-, Rollen- und Sachverhaltskonstellation gilt, auf die in der Öffentlichkeit wie selbstverständlich bezogen wird, was zu einem spezifischen gesellschaftlichen Thema gesagt wird und ohne tiefgründigere Erklärung gesagt werden kann. Einmal etablierte Interpretationsrahmen können aufgrund dieser Eigenschaft Bedeutungen ‚kippen‘, indem sie auch Elemente konkurrierender Deutungsangebote ihrer eigenen ‚inneren Logik‘ unterwerfen (Gotsbacher 2000; 2001). Wie der durch den Ausgrenzungsvorwurf etablierte Bedeutungshorizont die Wahrnehmung der Kritik an der FPÖ ‚kippt‘, werde ich im zweiten Abschnitt behandeln.

Eine spezifische Normalisierungsarbeit zielt auf wiederkehrende gegnerische Diskurs-elemente und deren Umdeutung im Sinne des eigenen Interpretationsrahmens, im Versuch, diesen möglichst allgemein zu etablieren. Eine ausführliche Diskursanalyse der Rede einer freiheitlichen Parlamentarierin wird das im dritten Abschnitt genau untersuchen.

Was ich am Begriff ‚Ausgrenzung‘ und seiner Nutzung als von Freiheitlichen in der politischen Auseinandersetzung routinisierte, kommunikative Ressource analysieren möchte, scheint auf den ersten Blick fast wie ‚politische Alchemie‘: nämlich die Verwandlung von gegnerischer Kritik in die Mobilisierung politischer Unterstützung. Ich sehe darin ein wichtiges Moment, wie die Freiheitlichen unter Jörg Haider öffentliche Diskussionen so erfolgreich gestalten konnten, dass sie ihr Wählerpotential zwischen 1986 und 1999 bis tief in das traditionell bürgerliche und sozialdemokratische Lager

hinein ausdehnten, weit über das hinaus, was rechte Parteien mit ähnlich xenophoben und autoritären Elementen im europäischen Vergleich sonst zu mobilisieren vermochten. Reinfeldt (2000, 36, 5) konstatiert: „...die selbstgewählte Position des ausgeschlossenen Dritten“ „...könnte ein wichtiges Element zur Klärung der Faktoren für den Erfolg der FPÖ sein, denn sie hat aus dem relativen Ausschluss von der Macht ein symbolisches Kapital gemacht.“ Ich beleuchte, wie es der FPÖ gelang, Kritik an ihren politischen Äußerungen und Handlungen, welche sie zum Teil bewusst provozierten und in ihrer Stoßrichtung antizipierten, gegen ihre Kritiker umzukehren und für die eigene Profilierung zu nützen. Allerdings glaube ich nicht, wie verschiedene Kommentare behaupten, dass „Haiders Kritiker die besten Wahlhelfer“ waren,<sup>13</sup> weil der Ausgrenzungsvorwurf auf einer Metaebene funktionierte, wo er eine Immunsierung gegen Kritik bewirkte, was die Berechtigung dieser Kritik aber nicht schmälert. Der spektakuläre Wählerschwund der FPÖ zuletzt verweist auch auf die Erfolgsbedingungen dieser Strategie, weshalb ein Rückblick angebracht scheint, um die Lehren aus diesem ungewöhnlichen Kapitel österreichischer Innenpolitik zu ziehen.

## **Entwicklung und Funktion des Ausgrenzungsvorwurfs**

Der wichtigste sachpolitische Zusammenhang, in dem Freiheitliche die Vokabel ‚Ausgrenzung‘ verwendeten, war jener der Abwehr von Vorwürfen bei Fragen der Zuwanderung: Auf Anschuldigungen, die FPÖ würde fremdenfeindliche Positionen vertreten, wurde regelmäßig entgegnet, die eigentlich ‚Ausgegrenzten‘ in Österreich seien die Freiheitlichen. Ich werde später anhand einer Parlamentsrede der FPÖ-Abgeordneten Partik-Pablé noch genau behandeln, was eine der Hauptfunktionen des Schlagwortes ‚Ausgrenzung‘ war: einen wiederkehrenden Kritikpunkt an den Freiheitlichen und ihrer fremdenfeindlichen Politik – wie sie besonders 1992 im Zuge des freiheitlichen Volksbegehrens „Österreich zuerst“ formuliert wurde – umzu-

kehren. Dass gerade solche politischen Inhalte und Parolen von der regierenden SPÖ immer wieder zum Anlass genommen wurden, zu betonen, mit Haider's FPÖ gäbe es keine Koalition, konnte leicht einer semantischen Verschiebung unterworfen werden. So sagte der frühere dritte Nationalratspräsident Dillersberger: „Die Ausgrenzung der FP durch die anderen Parteien etwa im Zuge unseres Volksbegehrens ist rein taktisch begründet.“<sup>14</sup> Als Immunisierungsstrategie ist das auch schon im Bericht über eine Podiumsdiskussion aus dem gleichen Jahr dokumentiert.<sup>15</sup> Der Vorwurf der Diskriminierung, von Zuwanderern ebenso wie alteingesessenen Minderheiten,<sup>16</sup> von Arbeitslosen und sonstigen Personen, die Freiheitliche als „Sozial-schmarotzer“ titulierte, wurde gegen die Kritiker gewendet, indem man für sich den Status politisch Unterdrückter reklamierte.

Interessant war vor allem auch, dass diese Argumentationsfigur von Anfang an besonders freiheitlichen Mandataren mit eher liberalem Hintergrund zur Verteidigung dieses Images diente, wenn sie zu diskriminierenden, fremdenfeindlichen oder den Nationalsozialismus verharmlosenden Äußerungen ihres Parteichefs befragt wurden.<sup>17</sup> So etwa nach dem Eklat um Haider's Behauptung einer „ordentlichen Beschäftigungspolitik im dritten Reich“.<sup>18</sup> Auch lagerfremde Quereinsteiger – als Überraschungskandidaten Teil des freiheitlichen Spiels mit der Ökonomie der Aufmerksamkeit – wie ein früherer Gründungs-Redakteur der linksliberalen Tageszeitung „Standard“, welcher für die FPÖ ins Europaparlament ging, zahlte als „Eintrittspreis“ ein oft sogar noch radikaleres Auftreten gegen die „faschistoide“ Ausgrenzung der Freiheitlichen.<sup>19</sup> Sie halfen damit beim taktischen Versuch, die freiheitliche Perspektive bei einem breiteren Publikum zu verankern.<sup>20</sup>

Die Sprachregelung, sie seien die eigentlich „Ausgegrenzten“ in Österreich, setzte sich innerhalb der FPÖ und ihrer Sympathisanten sehr rasch durch, hielt sie doch unter anderem ein effektives Argumentationsschema bereit, durch das sie „ohne genauere sachpolitische Kenntnisse Diskussionen bestreiten“<sup>21</sup> und wiederkehrende Argumente von Kontrahenten parieren konnten. Schon 1989 hatte die Freiheitliche

Parteiakademie eine Broschüre mit dem Titel „Einwandbehandlung“ herausgegeben, worin Standardantworten auf Standardvorwürfe wie – Stichwort – „Demagogie“, „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Populismus“ bereitgestellt wurden (Reinfeldt 2000, 78ff.). Ein späterer Beleg zum Wahlkampf 1999 zeigt, wie die von freiheitlichen Politikern vorgegebene Argumentationslinie mit der Zeit auch von einfachen Parteimitgliedern, hier WahlhelferInnen, übernommen worden war, um Vorwürfe wegen fremdenfeindlicher Wahllogans der FPÖ routinemäßig abzuwehren.<sup>22</sup> Es ging darum, über eine Selbststilisierung als Opfer<sup>23</sup> Einwände und Bedenken gegen Strömungen in der FPÖ aufzuwiegen und mittels einer „Mitleidsstrategie mit Solidarisierungseffekt“, wie sie Mölzer im Interview bezeichnet, oder eines „David-gegen-Goliath-Effekts“<sup>24</sup> auch bei jenen um politische Unterstützung zu werben, die diesen Positionen sonst nicht mit ungeteilter Zustimmung oder sogar Skepsis gegenüberstanden.

Ein anderer wichtiger Aspekt der Ausgrenzungsdebatte, der für die Verbreitung des Schlagwortes auch bei politisch Andersdenkenden verantwortlich war, war derjenige, dass ein öffentliches Bekenntnis gegen die „Ausgrenzung der FPÖ“ den Freiheitlichen als Beleg diente, „demokratisch“, d.h. ihnen gegenüber nicht feindlich gesinnt zu sein. Es wurde immer dann von gegnerischen KandidatInnen gefordert, wenn es galt, sich freiheitliche Unterstützung zu erkaufen. Ich werde das nun in geraffter historischer Perspektive darstellen.

In der Präsidentschaftswahl 1992 wurde das Bekenntnis gegen die „Ausgrenzung“ ein Faustpfand, mit dem die 15% FPÖ-WählerInnen aus dem ersten Wahlgang durch eine freiheitliche Wahlempfehlung im zweiten einem der Kandidaten zugetrieben werden sollten.<sup>25</sup> Obwohl es unwahrscheinlich war, dass die FPÖ tatsächlich den SPÖ-Kandidaten Streicher unterstützen würde, wurde der Druck im Laufe des Stichwahlkampfes verstärkt. Die Präferenzen der FPÖ-Führung für Klestil, der sich schon im Vorwahlkampf gegen eine „politische Ausgrenzung“ Haider's ausgesprochen hatte,<sup>26</sup> waren bereits klar ersichtlich, wie in folgendem Presseauschnitt belegt.

Salzburger Nachrichten, 29.04.1992: „FPÖ lobt ‚freiheitlichen Sinn‘ Klestils“

(...) Schnell (der Salzburger FPÖ- Landesparteiobmann, E. G.) wiederholte den Standpunkt seiner Partei, daß man derzeit keine Wahlempfehlung abgeben – „das ist auch nicht nötig, weil die beiden Kandidaten ihre Wahlempfehlungen selbst abgeben“. Aber, so Schnell: „Dabei ist Dr. Klestil derzeit geschickter.“ Rudolf Streicher versuche nach wie vor, FPÖ-Wähler für sich zu gewinnen, „aber ohne Jörg Haider, und das wird nicht gelingen“. Demgegenüber zitierte Schnell bei der Pressekonferenz eine Reihe von positiven Klestil-Aussagen über Haider. Und der oberösterreichische FPÖ-Landesparteiobmann Hans Achatz ergänzte: „Dr. Klestil war es auch, der es als einen Fehler bezeichnete, daß Jörg Haider als Landeshauptmann beseitigt wurde.“ Klestil habe sich auch, so Schnell, vor der Wahl am vergangenen Sonntag in einer Reihe von Sachfragen von der ÖVP distanziert und sich „mit FPÖ-Themen die Stichwahl erkaufte“. Und wieder nannte Achatz Beispiele: „Klestil hat etwa die Sicherheitspolitik und die Ausländerfrage durchaus im freiheitlichen Sinn behandelt.“ In Richtung Streicher meinte Schnell, dieser werde „seine Taktik in bezug auf die FPÖ noch ändern und ändern müssen“, die „Ausgrenzungspolitik“ gegenüber der FPÖ werde nicht zum Ziel führen.

In den Ansagen der freiheitlichen Landesparteiobmänner finden sich geradezu klassische Züge einer auf Themenhoheit ausgerichteten Hegemonialpolitik, unter Nutzung punktueller strategischer Allianzen, wie sie in den 70er Jahren auch von der ‚Neuen Rechten‘ eines Alain de Benoist (1985) als Leitprogramm nach Gramsci adaptiert wurde.

Franz Vranitzky berichtet, Streicher wäre nur schwer von seinen Beratern abzuhalten gewesen, auf das Spiel einzugehen, da er überzeugt war, mit Haider „umgehen zu können“. <sup>27</sup> Auch Wiens SPÖ-Spitze und ihr damaliger Bürgermeister Zilk glaubten das. <sup>28</sup> Dass es vor allem darum ging, die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen, indem man in den gegnerischen Präsidentschaftskandidaten wirksame Transporteur des eigenen Sprachgebrauchs und der eigenen Perspektive suchte, wurde an dem taktischen Zug deutlich, durch Verstärkung des Drucks über die Medien eine Stellungnahme der Kandidaten zur ‚Ausgrenzung‘ der FPÖ zu erzwingen. <sup>29</sup>

In dieser Episode wird die machtpolitische Komponente deutlich, dass in der Behauptung,

man würde von den Regierungsparteien ausgegrenzt, ein Machtanspruch der FPÖ angemeldet wurde, der ihren Zugriff nicht nur auf die öffentliche Meinung, sondern auch die Besetzung von Posten etablieren sollte. Und das, wie man sah, durchaus erfolgreich. Klestil erreichte nach einer öffentlichen Stellungnahme, die FPÖ sei „eine demokratisch gewählte Partei“ mit freiheitlicher Unterstützung seine Wahl zum Bundespräsidenten. Die Freiheitlichen hatten es in diesem Wahlkampf mit dem Ausgrenzungsvorwurf geschafft, sich ins Spiel zu bringen, obwohl von vornherein klar war, dass der Kampf um das Präsidentenamt nur zwischen SPÖ und ÖVP entschieden wird. <sup>30</sup> Allein der Umstand, dass Zeitungen die Frage nach der ‚Ausgrenzung‘ in diesem anderen politischen Zusammenhang aufgriffen, zeigt, dass es bereits gelungen war, sie als innenpolitisch relevant zu setzen. <sup>31</sup>

In verschiedenen Bundesländerwahlen lief das Machtspiel nach ähnlichem Muster ab, nach meinen Belegen das erste Mal in Kärnten 1989, wo Jörg Haider mit Unterstützung der ÖVP Landeshauptmann wurde. <sup>32</sup> Fast bei jeder Landtagswahl wiederholte sich der Vorgang, etwa in Niederösterreich 1993, <sup>33</sup> oder wieder in Kärnten 1994, als sich der Sozialdemokrat Ausserwinkler fast mit freiheitlicher Unterstützung zum Landeshauptmann küren ließ und erst von Wien zurückgewinkt wurde. <sup>34</sup> Vranitzky sah sich da zum wiederholten Male gezwungen, rechtfertigend zu entgegnen, man müsse sich von Haiders FPÖ „abgrenzen“, <sup>35</sup> eine Wortregelung, welche er 1992 das erste Mal gebraucht hatte <sup>36</sup> und auch heute noch im Interview verwendet.

Mit steigenden Wahlerfolgen und entsprechendem politischen Gewicht der Freiheitlichen verschärfte sich der Druck, unter den die Landesfraktionen der SPÖ und ÖVP bei der Suche nach lokalen Koalitionen kamen. Was im Laufe des Jahres 1996 folgte, war ein regelrechter Dammbbruch. Die Rebellion gegen die Linie der angeblichen ‚Ausgrenzung der FPÖ‘ auf Bundesebene kam erst aus den Ländern Steiermark, Salzburg und Kärnten. Bei der Kür der steirischen Landeshauptfrau Klasnic, ÖVP, ging das Taktieren noch versteckt vor sich, als sie

die Aussagen Haiders vor Mitgliedern der Waffen-SS in Krumpendorf kommentierte, indem sie ein Ende der Debatte um das dritte Reich forderte.<sup>37</sup> Das Erkaufen freiheitlicher Unterstützung ging wie zufällig mit dem Aufgreifen und Eintreten Klasnics für jene Themen einher, die in der öffentlichen Kritik an der FPÖ gerade im Mittelpunkt standen.

Offener war hingegen einige Monate darauf das Taktieren eines ÖVP-Landeshauptmannkandidaten in Salzburg, der die Erklärung seiner Bundesparteführung desavouierte, die FPÖ stelle sich selbst außerhalb des „Verfassungsbogens“. Franz Schausberger rehabilitierte die FPÖ als „demokratische Partei, die sich zu unserem Staat und unserer Verfassung bekennt“ und ließ sich mit Unterstützung der FP-Landtagsfraktion zum Landeshauptmann wählen.<sup>38</sup> Das nunmehr unmissverständliche Ausscheren wurde bald darauf von anderen Landespolitikern der ÖVP zum Anlass genommen, von der Bundesführung aus parteitaktischen Überlegungen ein Ende der „Ausgrenzung“ zu fordern.<sup>39</sup> Das Schlagwort war hier nicht mehr bloß ideologischer Sprachgebrauch von Freiheitlichen, sondern hatte sich bereits auch bei einigen PolitikerInnen der regierenden Koalitionsparteien eingebürgert, wodurch es für viele in seiner ideologischen Färbung nicht mehr erkennbar war. Auch SPÖ-Landespolitiker begannen es zu reproduzieren, wenn sie sich offen gegen die „Ausgrenzung“ aussprachen, etwa in der Steiermark, wo der sozialdemokratische Landesgeschäftsführer anregte, man müsse ein neues Verhältnis zur FPÖ finden.<sup>40</sup> Die Vorstöße der steirischen Genossen ernteten bei der lokalen Parteibasis „stille Zustimmung“, während die SP-Bundesparteführung sich klarzustellen bemühte, dass von einer undemokratischen Ausgrenzung keine Rede sein könne.<sup>41</sup> Die innerparteiliche Diskussion pflanzte sich dennoch sofort auch in anderen Bundesländern fort. Aus Kärnten wurden Rufe kleiner Parteifunktionäre laut, die bekannten, die sozialdemokratische Parteibasis hätte ein entspannteres Verhältnis zur FPÖ, mit der sie lokal immer schon gut kooperiert habe, und die ihnen in manchen Fragen oft näher stehe als die Parteispitze in Wien.<sup>42</sup> Erst in dieser Situation fand eine öffentliche

Diskussion des Begriffs ‚Ausgrenzung‘ statt, indem Bundeskanzler Vranitzky ihn explizit hinterfragte.

Der Standard, 25. November 1996: „Vranitzky beharrt auf Anti-Haider-Kurs“

Bundeskanzler Franz Vranitzky erteilt jenen Partei-genossen eine Rüge, die fordern, FPÖ-Chef Jörg Haider nicht mehr länger auszugrenzen. In der Fernseh-Pressestunde meinte Vranitzky, das Wort „ausgrenzen“ sollte dabei überhaupt nicht verwendet werden, weil es die „wehleidige Argumentation“ der Freiheitlichen übernehme. Er wolle sich jedenfalls weiterhin von Haider „abgrenzen“. Die SPÖ habe aber dessen Feindbildstrategie in den letzten Jahren nicht ausreichend bekämpft. (...) Die Grünen kritisierten, dass Vranitzky nur über das Machtrezept einer „verbalen Verhinderung“ Haiders verfüge.

Das nunmehr verbreitete Schlagwort ‚ausgrenzen‘, mit dem Beigeschmack der Diskriminierung einer demokratisch gewählten Partei, und sein geringer, aber bedeutsamer Unterschied zu ‚abgrenzen‘ öffnet eine klassische *double-bind*-Situation, wo der SPÖ wenig Spielraum zur Positionierung bleibt, ohne gleichzeitig in die Falle zu geraten, als das zu scheinen, als was sie hingestellt wird: Dass Vranitzky sich von der FPÖ „abgrenzen“ will, kann im mittlerweile etablierten Interpretationsrahmen der angeblich machtpolitisch motivierten Verweigerung von Zusammenarbeit auch als ‚Ausgrenzung‘ gelesen werden.<sup>43</sup> Die Grüne Kritik (angesichts der vom SPÖ-Innenminister umgesetzten restriktiven Zuwanderungsgesetzgebung) unterstreicht den Machtaspekt ebenso, zwar aus gänzlich anderen Motiven, aber die Grenzen verwischen sich mittlerweile. Sogar die Überschrift des Berichts desavouiert Vranitzkys Entgegnung („beharrt auf *Anti-Haider-Kurs*“ impliziert dessen Unangebrachtheit). Um sich aus dieser Falle zu befreien, hätte es bereits viel stärkerer rhetorischer Anstrengungen bedurft, um den im allgemeinen Sprachgebrauch eingeübten Interpretationsrahmen selbst ins Wanken zu bringen.

Eine innenpolitische Redakteurin des ‚Standard‘ schrieb damals einen der ganz wenigen kritischen Kommentare, die den Begriff ‚Ausgrenzung‘ als freiheitliche Anmaßung eines „Martyrerimages“ dekonstruierten. Sie re-

gistrierte explizit die verheerende Wirkung der Übernahme des ideologischen Sprachgebrauchs der FPÖ durch Sozialdemokraten der südlichen Bundesländer.<sup>44</sup> Sie wies aber in erster Linie darauf hin, dass eine rhetorisch propagierte Abgrenzung gegen Haider unglaubwürdig werde, wenn Sozialdemokraten versuchten, noch populistischer zu agieren als die FPÖ. Das Dilemma der gescheiterten Politik, mit vorausseilend populistischen Maßnahmen die „Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen“, um der FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen, war damit treffend charakterisiert.<sup>45</sup>

Im Jänner 1997 wechselte die sozialdemokratische Führungsriege, Viktor Klima übernahm das Amt des Bundeskanzlers. Die sozialistische Parteijugend forderte von ihm gleich als wichtigsten Punkt eine Fortsetzung der „Ausgrenzung“,<sup>46</sup> ohne zu merken, dass sie damit das Deutungsangebot der FPÖ bestätigte. Das Schlagwort hatte, ungeachtet der vereinzelt Entlarvungsversuche einige Monate zuvor, in öffentlichen Diskussionen schon eine fast ontologische Qualität bekommen. Haider triumpierte, indem er darauf verwies, mit Vranitzky den letzten und wichtigsten Vertreter der nunmehr gescheiterten „Ausgrenzungspolitik“ politisch überlebt zu haben.<sup>47</sup> Der frühere Herausgeber des politischen Wochenmagazins ‚profil‘ nahm den Regierungswechsel zum Anlass für ein Buch, in dem er „das Ende der alten Republik“ verkündete und Vranitzky als „Haider-Macher“ für den Aufstieg der FPÖ verantwortlich machte (Czernin 1997).

Die Vorstellung, die Freiheitlichen würden durch ihre politischen Gegner in undemokratischer Weise ‚ausgegrenzt‘, war damals im bürgerlichen Lager so stark etabliert, dass FPÖ-Grundsatzreferent Mölzer es sich bereits in einem ungewöhnlich deutlichen Gastkommentar in der Tageszeitung ‚Die Presse‘ leisten konnte, auch kritische Aspekte zu beleuchten. Er schrieb von den „Vorteilen“ der Ausgrenzung für die Freiheitlichen, davon, dass Haider vom „Märtyrerimage (...) profitiert“ habe, welches „der populistische Robin Hood in seinem Kampf ‚allein gegen die Mafia‘ mit Witz und Fortune zu nutzen verstand“.<sup>48</sup> Er schrieb darin aber auch, dass die Freiheitlichen von der „Aus-

grenzung“ verdorben wurden, da sie sich davon verführen ließen, mit Imagepolitik („Aktionismus, politische Gags und Signale, die Präsentation spektakulärer Quereinsteiger und unerwartete Wendungen sowie Provokationen“) zu punkten, während sie sich mit sachpolitischen Themen und Konzepten keine Mühe mehr gaben, da sie damit medial nicht ankämen. Interessanterweise verbuchte Mölzer damit sogar die Politik der „starken Sprüche“ und das Fehlen eines seriösen sachpolitischen Programms als Folge der „Ausgrenzungspolitik“. Kritik am FP-Leitantrag „Steuern sparen – Arbeitsplätze schaffen“, den Mölzer in seinem Gastkommentar als „Ansammlung von Gemeinplätzen“ abqualifizierte, wurde übrigens von Haider als angeblicher „Ausgrenzungsreflex“ zurückgewiesen, wenn sie von anderer Seite kam.<sup>49</sup> Freiheitliche reklamierten damals oft schon ‚Ausgrenzung‘, wenn andere Parteien ihre Vorschläge und Sichtweisen nicht berücksichtigten.<sup>50</sup>

Das offene Bekenntnis kam zu einem Zeitpunkt, als der Ausgrenzungsvorwurf seine Funktion im Kampf der Freiheitlichen um politische Profilierung und Themenführerschaft bereits weitgehend erfüllt hatte und sich die taktischen Voraussetzungen änderten. Mölzer fasste in erster Linie schon eine zukünftige Regierungsbeteiligung der FPÖ ins Auge, auch im programmatischen Titel „Laßt Haider arbeiten! Die Stunde der Wahrheit“.<sup>51</sup> Es ist anzunehmen, dass er beim Verfassen dieses Kommentars bereits die Rohergebnisse einer zwei Tage später veröffentlichten ‚Presse‘-Umfrage zum Kanzlerwechsel kannte, wo die Frage, wie weit die „Ausgrenzung der FPÖ“ von der Bevölkerung unterstützt wird, bereits zu zentralem innenpolitischen Interesse aufgerückt war. Darin sprach sich eine Mehrheit von 54% der Befragten gegen eine dauerhafte Ausschließung der FPÖ als Regierungspartner aus, 27% stimmten für das Item „Die Ausgrenzung der FPÖ ist schon heute fehl am Platz“ und weitere 27% konnten sich eine Regierungsbeteiligung der FPÖ auf längere Sicht vorstellen.<sup>52</sup>

Wenn man an die Signifikanz solcher Umfrage-Zahlen glaubt, ist auffällig, dass FPÖ und ÖVP in der Wahl vom Oktober 1999 genau jene

zwei mal 27% der Stimmen erlangten, wie unter den Items starker und schwacher Ablehnung der ‚Ausgrenzung‘ aufscheinen, was ich aber nicht überbewerten möchte.<sup>53</sup>

Nach der Regierungseinbindung der FPÖ durch ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel im Februar 2000 gab es eine Reihe von Stimmen, welche die angebliche ‚Ausgrenzung‘ der Freiheitlichen unter Vranitzky für den rasanten Aufstieg der FPÖ zur zweitstärksten Partei verantwortlich machten.<sup>54</sup> Ich halte eine solche Einschätzung nicht für zutreffend – es gibt mehr politische Optionen als eine Kreisky’sche Umarmungstaktik. Man muss zwischen den Koalitionsansagen unterscheiden, welche den faktischen Kern dessen ausmachten, was die Freiheitlichen dann exzessiv extrapolierend als ‚Ausgrenzung‘ bezeichneten und diesem Ausgrenzungsvorwurf selbst, dessen Funktion und tatsächliche Wirkung ich hier nachzeichne.

Als die EU-14 Maßnahmen gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung verkündeten, wurde die Argumentationsfigur als „generative Metapher“ (Schön/Rein 1994) umgehend auf die neue Situation übertragen. Alles, was über die Konstellation und ihre Bewertung, eine rechts-populistische Partei nicht an die Regierung zu bringen, gesagt wurde, wurde auf einer höheren Ebene in europäischem Maßstab fortgesetzt: Die Maßnahmen wurden nach einer TV-Propagandashow der Bundesregierung<sup>55</sup> nur noch als „undemokratische Sanktionen“ und „Ausgrenzung des österreichischen Volkes“ bezeichnet.<sup>56</sup> Wieder gelang es der FPÖ, nun vereint mit Kanzler Schüssel, die Situation mit denselben Strategien taktisch für sich zu nutzen, während von vergleichbaren ‚Sanktionen‘, auch von der angekündigten Entziehung von Unterstützung für österreichische Bewerbungen bei internationalen Organisationen, kaum die Rede sein konnte.<sup>57</sup> Hier findet sich wieder das gleiche Deutungsschema, welches offenbar schon ein Eigenleben im Universum der politischen Vorstellungen gewonnen hatte. Der umgewendete Ausgrenzungsvorwurf war zu einem wichtigen Element symbolischer Politik geworden und wurde – nun mit breiterer Zustimmung als zuvor – für die Erklärung politischer Konstellationen herangezogen, mit interessens-

geprägten Zuweisungen von Identitäten, Bewertungen und Lösungsperspektiven, die die öffentliche Wahrnehmung wesentlich beeinflussten.

### **Skandalmanagement und Ökonomie der Aufmerksamkeit**

Deutsch-nationaler Kulturalismus, fremdenfeindliche Ressentiments, autoritäre Vorstellungen von Kriminalitätsbekämpfung und Überwachung, ein aggressiver Antisozialismus und der vorgebliche Kampf gegen Privilegien und Postenschacher<sup>58</sup> sind nur ein Aspekt im politischen Profil der FPÖ. Sie haben diese Partei zwar unmissverständlich geprägt (Vergl. Goldmann et al. 1991; Scharsach 1992; Bailer-Galanda/Neugebauer 1997), vor allem in ihrer für die bis dahin herrschende politische Kultur Österreichs neuen und erschreckenden Angriffsfreudigkeit und Explizitheit. Doch darf man dabei nicht übersehen, dass die FPÖ sehr heterogene Forderungen und Anliegen aufgriff (Reinfeldt 2000), mit Vorliebe sogar jene der gegnerischen Parteien, um sie in einer ganz speziellen Mischung für ihre Ziele nutzbar zu machen. Nur um einige Beispiele anzuführen: Die Forderung nach mehr Kindergartenplätzen ist ein traditionell sozialdemokratischer Programmpunkt, und erhöhtes Kindergeld hatte ursprünglich die ÖVP aufs Tapet gebracht. Haider machte daraus einen ‚Kinderbetreuungsscheck‘,<sup>59</sup> der aber entgegen dem Karenzgeld, das auch zugewanderte Arbeitnehmerinnen in Anspruch nehmen konnten, in der ursprünglichen Konzeption nur für österreichische Staatsbürgerinnen bzw. EU-Bürgerinnen zugänglich war. Er wurde dadurch zu einer ethnisch motivierten, bevölkerungspolitischen Maßnahme. Oder 2002 das Volksbegehren gegen Temelin: Die FPÖ sprang damit auf ein Anti-Atomprogramm auf, das ein Kernthema der Grünen ist, machte daraus aber eine Kampagne gegen den Beitritt Tschechiens zur EU und die Osterweiterung, wo wieder alte Ressentiments und Ängste vor slawischer Zuwanderung geschürt wurden.

Die Mischung bot so etwas wie eine Soll-Angriffsfläche, die Kritik in vorhersehbare Bahnen lenkte, und dort in eine Geplänkel verstrick-



te,<sup>60</sup> wobei erst viele unterschwellige Themen etabliert werden konnten. Durch oft spektakuläre Inszenierungen reklamierte Haider sich in regelmäßigen Abständen auf die politische Bühne, meist in einer Rolle, die von der eines Landeshauptmannes weit entfernt war, wie etwa als ‚humanitärer Friedensbotschafter‘ bei seinem ersten Besuch bei Saddam Hussein. Die Freiheitlichen hatten gelernt, sich in einem solchen Skandalmanagement am stärksten entfalten zu können, indem sie den erwarteten Aufmerksamkeitsgewinn nutzten, um ihre eigentlichen Botschaften – hier eine unterschwellige Kampfansage an die amerikanische Rüstungspolitik<sup>61</sup> – zu platzieren und dabei aktuelle Strömungen auszunutzen, während eigentlich alle auf eine Entschuldigung oder Rechtfertigung warteten. Gruber beschrieb (1988, 143) die Technik freiheitlicher Interviewsteuerung, Fragen zurückzuweisen und in den Antworten die Problembereiche zu verschieben, und konstatierte „...die Inadäquatheit der Versuche, Haider aufgrund einzelner inhaltlicher Zitate auf einen rechtsextremen Politiker ‚reduzieren‘ zu wollen. Journalisten (die dies häufig versuchen) scheitern damit regelmäßig an Haiders Schlagfertigkeit und rhetorischer Brillanz und werden damit nur zu Gehilfen bei seiner Selbstdarstellung.“

Sehr oft lagen in Haiders überraschenden Thematisierungen plötzliche Richtungswechsel, 180-Grad Wendungen, etwa der Anti-Atom-Kurs oder die Vereinnahmung eines Kampfes gegen die Rüstungsindustrie. Zu kaum einer seiner Positionen, die er einnahm, hatte er, wie ein ehemaliger Parteifreund erklärt, je nach Opportunität nicht auch die gegenteilige Haltung eingenommen: „Für und gegen Europäische Union, für und gegen Atomkraft, für und gegen Abfangjäger, für und gegen radikale Budgetsanierung“<sup>62</sup> etc. Reinfeldt (2000, 115) sieht im Wechsel der Argumentationslinien (zwischen einer „völkischen“ und einer „neoliberalen Landkarte“) eine politische Taktik, die „Neutralisierung jeglicher Kritik“ ermöglicht, da sie „die Wertigkeit ihrer Aussagen immer wieder anders gewichtet, ohne die jeweiligen Worte oder Wortsequenzen zurücknehmen zu müssen. (...) Sie antizipiert, was ihr entgegen-

gehalten werden kann und hält immer einen Ausweg in Evidenz. Sie findet diesen Ausweg auf der jeweils anderen Landkarte.“ Bei dieser Wechselhaftigkeit, die immer aufgriff, was im Moment das stärkste Themenpotential versprach, stellt sich die Frage, woher die FPÖ und ihre Wählerschaft ihr politisches Profil bezogen.<sup>63</sup> Dass Haider durch seine Personalhoheit und regelmäßige ‚Parteisäuberungsaktionen‘ (Scharsach 1992; Bailer-Galanda/Neugebauer 1997; Müller 1997; Zöchling 1999) seinen innerparteilichen Spielraum maximiert hatte, ist eine Sache. Wieso der FPÖ die Beliebigkeit ihrer Positionierungen bei der Wählerschaft aber erst mit der Regierungsbeteiligung zu schaden begann, während sie davor von ihrer „außergewöhnlichen strategischen Adaptionsfähigkeit“ (Plasser/Ullram 2000, 238) profitierte, eine andere. Hier hatte die kalkulierte Provokation absehbarer Kritik eine spezifische Funktion.

Durch die ‚postmoderne‘ Vermischung von Positionen erreichte Haider oft, dass Anhänger unterschiedlicher politischer Lager die Berechtigung einiger seiner Anliegen im Prinzip zugeben mussten<sup>64</sup> – an Stammtischen lautete die Formel da: „Der Jörgl hat schon recht“ – selbst wenn Haider eigentlich auf etwas anderes zielte, also auf unsere Beispiele bezogen: *nicht* die Entlastung von berufstätigen Müttern, *nicht* den Kampf gegen Atomkraftwerke oder die Rüstungsindustrie.<sup>65</sup> Die kalkulierte Mehrdeutigkeit der Positionen lieferte den Rezipierenden die Möglichkeit, sich eine passende Bedeutung auszusuchen zu können. Haiders Forderungen wurden dadurch für manche, die das Spiel weniger differenziert sahen, durchaus plausibel, indem für sie eben nur eine Seite der konträren Aspekte dieser Widersprüchlichkeiten sichtbar wurde. Mit dem Kinderscheck etwa konnten sich von alleinstehenden, berufstätigen Müttern bis zu Kulturalisten, die Angst vor einer ‚Umvolkung‘ Österreichs durch kinderreiche Zuwanderfamilien hatten, viele identifizieren. Wenn sie den Kinderscheck als gute Sache sahen, auch wenn sie den Chauvinismus der FPÖ sonst nicht teilten, konnte die Kritik der anderen Parteien aber wie eine eigenartige Ausrede wirken (Zöchling 1999, 169).

Diese wiederkehrende Konstellation lieferte das in der ganzen Anlage der vermischten Thematisierungen eingerechnete Moment. In einer mit einer griffigen Vokabel belegten Gegenmarkierung wurden die Kritiker selbst vorgeführt, durch die Behauptung, Haider FPÖ werde ‚ausgegrenzt‘: Wenn er etwas sage, was auch andere sagten, werde er heftig angegriffen, angeblich gerade weil es wahr und für die ‚Mächtigen‘ schmerzhaft war. Das war sozusagen die ‚*storyline*‘ des Ausgrenzungsvorwurfs, die narrative Kondensierung des in diesem gesamten politischen Spiel unterschwellig transportierten Interpretationsangebots. Um die ‚Wahrheit‘ der erwartbar heftig kritisierten Haider-Aussagen zu belegen, war eine der freiheitlichen Standardverteidigungen, angeblich vergleichbare Stimmen aus anderen politischen Lagern oder von unverdächtiger Seite zu zitieren (vgl. FN. 61).

Die Vermischung und Neurahmung von Diskurselementen zielte auf Themenführerschaft. Man konnte Bürgerlichen wie Sozialdemokraten begegnen, die behaupteten, Haider nicht zu mögen, andererseits aber unkritisch seine griffigen Argumentationen übernehmen. Haider beanspruchte zu Recht für sich, mit Themen zu punkten, die vorher als Teil linker oder liberaler Kritik kaum breitere Aufmerksamkeit gefunden hatten, etwa der an der Sozialpartnerschaft.<sup>66</sup> Reziprok lief es mit der freiheitlichen Formulierung fremdenfeindlicher Ressentiments, welche auch in den damaligen Regierungsparteien und deren Parteibasis mehr oder weniger verdeckt vorhanden waren.<sup>67</sup> Die große Koalition zwischen Sozialdemokraten und Volkspartei erfüllte nicht nur die repressiven, von ihr zuerst heftig kritisierten Forderungen des freiheitlichen Ausländer-Volksbegehrens 1992,<sup>68</sup> auch in anderen inhaltlichen Fragen, von Privilegienabbau bis Sicherheit – gaben die Freiheitlichen die Richtung vor. Das ‚Aufgreifen‘ freiheitlicher Themen durch die Regierungsparteien konnte von einem breiteren Publikum natürlich implizit als Zugeständnis gelesen werden, wozu Haider das Deutungsschema lieferte. Dahingehende Kritik etwa der Grünen und Liberalen verstärkte in dieser Konstellation noch zusätzlich den Eindruck, Frei-

heitliche würden aus der Opposition heraus wichtige Themen der großen Koalition vorgeben, aber von dieser aus machtpolitischen Gründen ‚ausgegrenzt‘. Der Deutungsrahmen wurde so nicht nur bei FPÖ-Sympathisanten, sondern in Teilaspekten ebenso bei Beobachtern und Gegnern erfolgreich etabliert, obwohl letztere kaum dessen innere ‚Lösungsperspektive‘ unterstützt hätten, nämlich dass die FPÖ als erfolgreiche Partei in einer Demokratie auf Dauer ja nicht von Regierungsaufgaben ferngehalten werden dürfe.

Der Ausgrenzungsvorwurf von Freiheitlichen hatte die Funktion, sie als außerhalb der herkömmlichen, als korrupt dargestellten Parteienlandschaft stehende Bewegung zu stilisieren.<sup>69</sup> Die massive Kritik an ihren politischen Äußerungen und Handlungen unterstützte dabei ungewollt die unterschwellige Botschaft an eine heterogene Protestwählerschaft, die FPÖ sei die einzige Systemalternative. Mölzer sah eine aus der ‚Ausgrenzung (...) resultierende Gunst, sachlich kaum wirklich Leistung erbringen zu müssen‘.<sup>70</sup> Die bewusst betriebene Polarisierung der Öffentlichkeit (Plasser/Ullram 1995) verwischte die Wahrnehmung der inhaltlichen Beliebigkeit gerade derjenigen ihrer Themen, mit denen sie eine größere Breitenwirkung erzielten. Lagerbildung und charismatische Klientelbindungen (Ötsch 2000) ersetzen so die sachpolitische Positionierung der FPÖ, was ihr übrigens in dem Moment zu schaden begann, als das Charisma schwand und sich das eigene Lager spaltete.

### **Normalisierungsarbeit in der tagespolitischen Interaktion**

Nun ist offen, wie eine Strategie der Vereinnahmung eines Opferstatus gerade bei der FPÖ erfolgreich sein konnte. Eine Strategie zu verfolgen, wie sehr sie sich auch erst im Laufe der Zeit an eher ungeplanten Erfolgen herauskristallisiert, ist eine Sache. Sie in der politischen Auseinandersetzung mit Kontrahenten, die diese erkennen und ihre eigenen Strategien dagegen setzen, weiter zu verfolgen und damit durchzusetzen, hingegen etwas anderes. Zentrale Fra-

ge ist hier, wie sich PolitikerInnen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP während der großen Koalition auf die mit dem Sprachgebrauch ‚Ausgrenzung‘ einhergehende Perspektive einlassen konnten, sodass deren Deutungsangebot zu einer realen Orientierungsgröße in ihrem Denken und Handeln wurde – in welcher Bewertung auch immer.

Erst bei eingehender Betrachtung der interaktiven Umsetzung in der tagespolitischen Debatte – und zu diesem Zweck analysiere ich exemplarisch eine Parlamentsrede der freiheitlichen Abgeordneten Helene Partik-Pablé – wird deutlich, wie die FPÖ es durch eine spezifische Normalisierungsarbeit ihren Gegnern schwer machte, unterscheiden zu können, ob das, was sie als ihre Ausgrenzung behauptete, tatsächlich eine ungerechte, undemokratische Diskriminierung im ursprünglichen Sinn des Wortes darstellt. Die hier analysierte Form von Normalisierungsarbeit funktioniert grob gespro-

chen so, dass Partik-Pablé als ersten Rahmen zuerst eine Verpflichtung gegenüber der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und seinem Schutz vor Diskriminierung mobilisiert, dann als zweiten Rahmen die ‚Ausgrenzung‘ der FPÖ durch SPÖ und Grüne, und im weiteren Verlauf anhand von Beispielen aus der politischen Praxis beide Rahmen verbindet, wobei sie mit den Fallspezifika dieser Beispiele an die semantischen Ähnlichkeiten der Deutungsrahmen ‚Diskriminierung‘ und ‚Ausgrenzung‘ andockt.

Es geht bei dieser Rede vom Oktober 1996 um einen Gesetzesantrag des SP-Klubobmanns Peter Kostelka, worin eine Erhöhung des Strafrahmens für Gastwirte angestrebt wird, die aus diskriminierenden Gründen Zuwanderern, ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten, wie z.B. Behinderten, den Zutritt zu ihrem Lokal verweigern.<sup>71</sup> Der Antrag wurde schließlich mit Stimmen der ÖVP und der FPÖ abgewiesen.

---

30. Oktober 1996, 22.06 Uhr

1 *Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (Freiheitliche):* Sehr geehrte Damen und Herren!  
2 Hohes Haus! Herr Dr. Kostelka! Ihr Antrag betrifft ein sehr gravierendes Problem, da bin  
3 ich – und auch meine Fraktion – mit Ihnen durchaus einer Meinung. Nur glaube ich – so  
4 wie mein Vorredner –, daß es der falsche Weg ist, diese Diskriminierungen durch erhöhte  
5 Strafbestimmungen abzubauen. Es geht doch darum, daß Diskriminierungen abgebaut  
6 werden! Mit höheren Strafbedingungen baut man aber bestenfalls Diskriminierungen auf.  
7 *(Beifall bei den Freiheitlichen.)*  
8 Diskriminierungen baut man am allerbesten ab, indem man Verständnis hervorruft; auch  
9 da gebe ich dem Kollegen Puttinger recht. Dieses Verständnis und dieses Klima der  
10 Toleranz, von dem Sie ständig reden, sehr geehrter Herr Dr. Kostelka und meine sehr  
11 geehrten Damen und Herren, darf sich nicht nur darauf beziehen, welche Hautfarbe  
12 jemand hat, welcher Nationalität er angehört, sondern muss sich natürlich auch auf  
13 politische Andersdenkende beziehen. *(Abg. Wabl: Genug!)*.....

---

Es fällt zuerst einmal auf, dass Partik-Pablé als hauptberufliche Richterin und FPÖ-Sicherheitsprecherin, die sonst vehement für rigidere Gesetze und höhere Strafen eintritt, in diesem Fall den traditionell links-liberalen Standpunkt einnimmt, gesellschaftliche Probleme auf einer gesellschaftlichen Ebene zu bekämpfen, und die Diskriminierung von Zuwanderern, ethnischen Minderheiten und Behinderten als „ein sehr gravierendes Problem“ (Z.2) bestätigt. Als Behindertensprecherin der FPÖ, die selbst eine behinderte Tochter hat, ist sie aber

hinreichend kompetent und legitimiert, über Diskriminierung zu reden. Sie stilisiert sich zu einer noch umfassenderen Streiterin für Toleranz und Verständigung als der Antragsteller Kostelka, dehnt sie den Anspruch auf Toleranz doch auch auf „politisch Andersdenkende“ (Z.13) aus.

Das ist der erste, übergeordnete Deutungsrahmen, gleichzeitig der Handlungsrahmen ihrer gesamten Rede, die Sie später im Sinne einer Gestaltschließung auch so beenden wird, mit den Worten:

---

116 Jetzt sage ich Ihnen, von den Sozialisten, folgendes: Tun Sie einmal das Ihrige, um in  
117 Österreich und hier im Parlament ein Klima der Toleranz und des Verständnisses zu  
118 schaffen, damit auch politisch Andersdenkende akzeptiert werden! Wenn Sie dieses  
119 Klima hergestellt haben, dann brauchen wir keine Erhöhung der Strafen mehr! (*Abg.*  
120 *Mag. Guggenberger: Ausgerechnet Sie sagen das! – Beifall bei den Freiheitlichen.*)  
22.17 Uhr

---

Nach dieser ersten Rahmensetzung führt sie die Ausdehnung des Diskriminierungsbegriffs auf „politisch Andersdenkende“ im Sinne der UN-Charta weiter zu einer Anklage gegen die SPÖ, welche auch die Begründung einführt, dem Antragsteller die Berechtigung abzusprenken, eine solche Gesetzesvorlage einzubringen.

Das ist die zweite, konkretere Rahmensetzung, durch die sie das für die FPÖ sonst wenig vorteilhafte Diskriminierungsthema für sich zu vereinnahmen beginnt und die SPÖ für ein „Klima“ verantwortlich macht, das – wie sie sagt – Toleranz und Verständnis eben verhindere (Z.116–118):

---

13 ...politische Andersdenkende beziehen. (*Abg. Wabl: Genug!*) Doch da, Herr Dr. Kostelka,  
14 bemerke ich bei Ihnen und Ihrer Fraktion ein ganz gewaltiges Manko. (*Abg. Dr. Graf:  
15 Jetzt flüchtet er!– Beifall bei den Freiheitlichen.*) Heute ist es schon so, daß der gesamte  
16 Linksblock darüber entscheidet, wann gesellschaftlich zu diskriminieren ist und wer zum  
17 Abschluß freigegeben werden darf. (*Abg. Dr. Nowotny: Das ist doch absurd! Haben Sie  
18 Beispiele?*) Das ist überhaupt nicht absurd, Herr Kollege Nowotny! (*Beifall bei den  
19 Freiheitlichen.*)  
20 Meine Damen und Herren! Ich nenne Ihnen sofort ein Beispiel: Ihr Bundeskanzler hat im  
21 Einvernehmen mit seinen Beratern den Freiheitlichen gegenüber die  
22 Ausgrenzungsphilosophie kreiert. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Dr. Graf:  
23 Aber erfolglos!*) Er hat gesagt, die gesamte FPÖ, samt Bundesparteiobmann, muss  
24 ausgegrenzt werden, und sie damit schwerstens diskriminiert. Angesichts dessen geht  
25 Herr Dr. Kostelka her und bringt diesen Antrag, der Diskriminierung bekämpfen möchte,  
26 im Parlament ein. Gestatten Sie mir, daß ich das paradox finde. (*Beifall bei den  
27 Freiheitlichen. – Zwischenruf der Abg. Dr. Mertel.*)

---

Die erste Weichenstellung der Rede, Z.9–14, fordert den im Antrag fehlenden Diskriminierungsaspekt ein und unterstellt diese Auslassung implizit als willkürlich, indem sie eine angemessene Definitionsmacht der Linken über diesen Begriff behauptet (Z.15–17). Sie bezeichnet Sozialdemokraten, Grüne, Liberale und Volkspartei als „Linksblock“, ein Begriff, der ein monolithisches, ideologisch gefestigtes Machtbündnis suggeriert und das Verschwörungsszenario von Z.20–24 vorbereitet, wo dann weiter von der „Ausgrenzungsphilosophie“ des Bundeskanzlers, also einem ganzen Gedankengebäude der Diskriminierung, dann auch von „Meinungsdiktatur“ und von „Hetze“ die Rede ist. Sie unterstützt diese Interpretation später noch durch geschickte strategische Kategorisierung der Parteien: „Sie haben in Österreich eine Meinungsdiktatur geschaffen, die ihresglei-

chen sucht, wo sich alle intellektuellen Politiker mit der Regierung zusammentun, um gemeinsam gegen die Oppositionspartei zu marschieren“ (Z.33–36). Liberale und Grüne werden implizit als „intellektuelle Politiker“ dem „Machtblock“ zugeordnet, wodurch die FPÖ als „die Oppositionspartei“, d.h. die einzige, übrig bleibt. Solche rhetorischen Verfahren der Kategorisierung sind ein starkes Mittel der Rearrangierung von Sachverhalten, die auf eine gefilterte Wahrnehmung zielen (Potter 1996). Hier wird z.B. die scharfe Kritik von Grünen, Liberalen und kirchlichen Vertretern an der Regierung ausgeblendet, was die implizite Argumentation stören würde, dass der sozialdemokratische Kanzler „politisch Andersdenkende“ ausgrenzt.

Die generelle Linie der Rede, die Partik-Pablé in Z.20 ankündigt und bis zu deren Ende ver-

folgen wird, ist, anhand von Beispielen und vor allem einer konkreten längeren Geschichte die Glaubwürdigkeit des Antragstellers Kostelka und seiner Partei in Frage zu stellen, was deren Engagement gegen Diskriminierung anbelangt.

Das erste „Beispiel“ Z.23/24 hat noch wenig sachlichen Wirklichkeitsbezug,<sup>72</sup> doch danach folgen andere, deren ideologische Färbung weit weniger leicht abschätzbar ist:

- 
- 44 (Abg. Dr. Kostelka: *Deswegen sind Sie für Lokalverbote? Was hat das mit Lokalverboten zu tun?*)  
45 Diese Hetze, die Sie ständig gegen politisch Andersdenkende betreiben, führte zum  
46 Beispiel dazu, daß ein freiheitlicher Spitzenfunktionär nicht in ein Lokal am Spittelberg,  
47 das irgendein Grüner betreibt, gehen durfte. (Abg. Mag. Stadler: *So weit geht das!*) Eine  
48 solche Verhetzung führt auch dazu, daß Freiheitlichen, die kandidieren wollen, Nachteile  
49 angedroht werden, wenn Sie von der Liste nicht runtergehen. Doch da höre ich keinen  
50 Ruf nach einer Strafdrohung!  
51 Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Ausgrenzungsphilosophie können Sie nicht  
52 loslösen von der Diskriminierung wegen der Haarfarbe, der Hautfarbe. (Beifall bei den  
53 Freiheitlichen.) Das können Sie ganz einfach nicht separiert sehen. Sie grenzen aus!  
54 Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schutz vor Diskriminierung ist unteilbar!  
55 Das ist auch etwas, das Sie gerne im Munde führen. (Beifall bei den Freiheitlichen. –  
56 Abg. Dr. Nowotny: *Stimmen Sie dem Gesetz zu!*)
- 

Partik-Pablé produziert ihr Beispiel passgenau auf einen kritischen Zuruf des Antragstellers Kostelka, wobei sie gleichzeitig ihren Vorwurf weiter verschärft („Hetze“ Z.45).

Der Spittelberg, ein Ausgehviertel in Wien, ist dafür bekannt, dass ein auch in der eigenen Partei umstrittener, grüner ‚Immobilienkönig‘ dort einige Lokale besitzt, insofern wird durch dieses Detail die Geschichte über einen Lokalverweis eines freiheitlichen Spitzenfunktionärs abgestützt, wenn auch insgesamt nicht überprüfbar. Die angehängte, noch unterspezifizierter bleibende Geschichte (ohne Ort, Zeit oder Setting der handelnden Personen) führt dann wieder zum konkreteren Tatbestand politischer Diskriminierung zurück (Behinderung in der politischen Arbeit), wieder mit dem Vorwurf an den „Linksblock“, dort nicht gehandelt zu haben, und dem Resümee: „Sie grenzen aus!“ Der er-

neute Hinweis auf die Unteilbarkeit des Diskriminierungsschutzes hält den ersten Rahmen in Erinnerung und macht explizit bewusst, dass die Relevanz der angeführten Beispiele dem eigenen Werteverständnis derjenigen entspricht, die Partik-Pablé kritisiert. In diesen beiden Beispielen konkretisiert sie die Überschneidung der beiden Rahmen, dass die hier behauptete ungerechtfertigte Behandlung freiheitlicher Politiker eine Folge der „Ausgrenzungsphilosophie“ sei und somit eine Beschneidung ihrer garantierten Rechte.

Die verbleibende Hälfte der 11 Minuten dauernden Rede, im Protokoll Z.57–115, nutzt Partik-Pablé danach für die ausführliche Darstellung einer weiteren Beleggeschichte, die den Antragsteller Peter Kostelka betrifft, eingeführt mit den Worten:

- 
- 57 Herr Kostelka – ich hoffe, er ist noch da –, ich akzeptiere Ihre Berührtheit im Falle des  
58 Afrikaners. Mich wundert aber wirklich, daß Sie in einem anderen Fall, in dem Sie  
59 persönlich angesprochen worden sind, wo es aber nicht um einen Angehörigen einer  
60 anderen Rasse oder Hautfarbe, sondern um einen behinderten Österreicher geht,  
61 überhaupt keine Berührtheit gezeigt haben.
- 

Zusammengefasst handeln Partik-Pablés Ausführungen davon – aus Platzgründen gebe ich ab hier den vollen Wortlaut nicht mehr wieder, dass die Schwester eines Behinderten mit

Down-Syndrom (Z.114 „eines Mongoloiden“) in einem Brief an die freiheitliche Abgeordnete schrieb, ihnen würde die langjährig geduldete Benutzung einer Vereinshütte des Arbeiter-

fischereiverbandes auf einmal untersagt, was sie einer wichtigen Freizeitmöglichkeit beraubt. Partik-Pablé liest den Brief zuerst vollständig vor (Z.63–86). Sie habe Kostelka als Präsidenten des Arbeiterfischereiverbandes daraufhin den Brief weitergeleitet, da er aber nichts veranlasst habe, ihn zur Rede gestellt: „Dr. Kostelka hat mir dann gesagt: Die Frau schreit herum, daß sie mit mir reden wird, weil der Bruder nicht hinein darf. – Es ist ja kein Wunder, daß die Frau die Nerven verliert“ (Z.101–103).<sup>73</sup> Partik-Pablé beendet die Ausführungen so, wie sie sie begonnen hatte, mit dem Resümee: „Herr Dr. Kostelka, der so berührt davon ist, daß ein Afrikaner einen anderen Afrikaner nicht in ein afrikanisches Lokal hineinläßt, hat in diesem

Fall, wo es um den Mongoloiden geht, nicht einmal den kleinen Finger gerührt. Das finde ich furchtbar!“ (Z.113–115). Sie greift auf das wiederkehrende Thema freiheitlicher Anschuldigungen zurück, die Sozialdemokraten würden sich aus ideologischen Gründen viel mehr um ‚Ausländer‘ kümmern als um die österreichische Bevölkerung, und beendet ihre Rede mit der oben schon angeführten Rahmenschließung Z.116–120 („Jetzt sage ich Ihnen, von den Sozialisten, folgendes...“).

Von ihrer gesamten Anlage her richtet sich die Rede an das ‚schlechte Gewissen‘ der Sozialdemokraten und Grünen, explizit etwa in einer Passage zwischen den ersten Beispielen:

---

26		..... (Beifall bei den
27	<i>Freiheitlichen. – Zwischenruf der Abg. Dr. Mertel.)</i>	
28	Frau Kollegin Mertel! Ich würde an Ihrer Stelle in dieser Sache den Mund gar nicht groß	
29	aufmachen, sie wissen ganz genau, wie Sie sich hier uns gegenüber im Parlament	
30	verhalten haben. Sie haben in Österreich ein Klima geschaffen, wo bestimmte Leute	
31	festlegen, was gedacht werden soll und gesagt werden darf, und wer sich nicht an diese	
32	Vorgaben hält, der wird beinhart ausgegrenzt und diskriminiert. (Abg. Haigermoser:	
33	<i>Gehirnwäsche! – Beifall bei den Freiheitlichen.)</i>	

---

Der Sozialdemokratin Mertel unterstellt Partik-Pablé, sie würde ihr Verhalten selbst als unrecht sehen (Z.29/30). Die direkte Ansprache an den politischen Gegner unterstreicht das Appellative (Z.13/14, 29, 30, 33, 42, 45, 51, 53: „Sie grenzen aus!“, 55, 116, 118), wobei die anfeuernden Zurufe aus den eigenen Reihen (Z. 14/15, 23, 32/33, 47, 79/80, 106/107) überdies zu keinem Zeitpunkt vergessen lassen, dass dies vor Publikum passiert, wodurch es den Charakter einer ‚Standpauke‘ mit mitschwingenden Aspekten sozialer Kontrolle bekommt.

Die Vermischung der Adressaten – von Sozialdemokraten über Volkspartei bis Grüne und Liberale – mobilisiert auch Aversionen zwischen diesen Gruppen, wo einzelne gegen eine Partei gerichtete Beispiele für die je anderen Parteien durchaus plausibel werden könnten: Sozialdemokraten werfen den Grünen oft Radikalismus und einen ‚verhetzenden Stil‘ vor, während diese wiederum jene für ihre ‚prinzipienverratende Machtpolitik‘ kritisieren (Gotsbacher 2003), Bürgerliche distanzieren sich wohl automatisch von der Zuzählung zu einem ‚Linksblock‘.

Ich möchte die Aufmerksamkeit zuerst auf die interaktiven Momente lenken, die im Parlamentsprotokoll über Saalmikrophone dokumentiert sind: Partik-Pablé hat die gegnerischen Einwände offenbar so genau antizipiert, dass sie sich gewissenhaft mit dem entsprechenden Material vorbereiten konnte und die Themenprogression ihrer Rede anscheinend gerade anhand der kritischen Zwischenrufe weiterentwickelt: Das erst „Beispiel“ nach dem Schlagabtausch Z.17–20 („Abg. Dr. Nowotny: *Das ist doch absurd! Haben Sie Beispiele?* P-P: Das ist überhaupt nicht absurd, Herr Kollege Nowotny! *Beifall bei den Freiheitlichen.* Meine Damen und Herren! Ich nenne Ihnen sofort ein Beispiel“) bringt zwar nur den schon genügend bekannten Ausgrenzungsvorwurf. Aber dafür sitzt die Replik auf den Antragsteller in Z.43–47 (Abg. Dr. Kostelka: *Deswegen sind Sie für Lokalverbote? Was hat das mit Lokalverboten zu tun?*) geradezu punktgenau, später verwandelt sie richtigegehende ‚Eigentore‘ von Nowotny Z.86–89 („Abg. Dr. Nowotny: *Wenn sie an Kostelka geschrieben hätte, wäre sicher*

*etwas geschehen!* P-P: Herr Kollege Nowotny! Bevor Sie den Mund weiter aufmachen, sage ich Ihnen, was ich getan habe“), und Guggenberger Z.109–111 („*Abg. Mag Guggenberger: Ist ein anderes Thema!*“). P-P: Es hat etwas damit zu tun, weil es um Diskriminierungen geht. Entschuldigung, wenn Sie das nicht kapieren, dann verstehe ich überhaupt nicht, was Sie als Behindertensprecher der Sozialistischen Partei qualifiziert!“). Sie alle erzeugen den Eindruck einer unmittelbaren, direkten Entgegnung. Partik-Pablé reagiert sogar am Ende eines langen Parlamentstages sofort auf Einwände, als ob diese leicht zu entkräften wären, und zeigt damit rhetorisch überzeugend an, dass sie eine erfahrungsnahe Vorstellung des politischen Geschehens hat, die sich um ihre Wahrnehmung von ‚Ausgrenzung‘ organisiert, und die sie deshalb spontan reproduzieren kann. Was auch immer von PolitikerInnen anderer Parteien am taktischen Spiel mit dem Ausgrenzungsvorwurf durchschaut wird, hier bekommen sie in suggestiver Art vorgeführt, dass es möglicherweise doch mehr als nur Strategie sein könnte.

Auch die Beleggeschichten, die ‚anecdotal evidence‘ für die Unglaubwürdigkeit sozialdemokratischer Antidiskriminierungsgesetzgebung könnten für einige überzeugend wirken, selbst wenn man die genaueren Umstände aus einer offenbar interessen geleiteten Schilderung schwer einschätzen kann. Der Liberale Minderheitensprecher Kier fand in seiner nachfolgenden Rede z.B. jene vom angeblichen Versäumnis Kostelkas immerhin „interessant“.<sup>74</sup> Obwohl auch er, wie die meisten anderen Politiker und Journalisten, im Interview beklagt, dass solche von Freiheitlichen im Wahlkampf, in Fernsehdiskussionen oder anderen öffentlichen Debatten lancierten ‚G’schichtln‘<sup>75</sup> meist der näheren Betrachtung nicht standhalten, aber trotzdem ihre Wirkung entfalten können, weil sie von den Massenmedien nicht entsprechend nachrecherchiert werden.<sup>76</sup> Der Innenpolitikchef des ‚Kurier‘ Christoph Kotanko charakterisiert im Interview diese Schwierigkeit so: „Genauigkeit in bestimmten Fällen unterstützte die Plausibilität von abenteuerlichen Behauptungen in anderen. Da die Gegner nie wussten, stimmt’s,

stimmt’s nicht, war immer die Unsicherheit, was dran ist.“

Über die Sachfrage selbst oder die wiederkehrenden Tendenzen freiheitlicher Kampagnen uninformierte Zusehende, die rein nach der ihnen gebotenen Darstellung über Plausibilität und Glaubwürdigkeit urteilen müssen, würden in dieser Rede wenig Anhaltspunkte finden, die sie an einem echten Anliegen und einer redlichen Bemühung zweifeln lassen könnten, um daran ihr Urteil über die FPÖ auszurichten. Haider hat in Fernsehdiskussionen mit Deutschen oder Schweizer Gesprächspartnern mehrmals bewiesen, wie sehr er diesen Effekt auszunutzen imstande ist.<sup>77</sup>

Aber die Zuhörenden, an die sich dieser Appell richtet, sind in diesem Fall Parlamentsabgeordnete, die ähnliche Vorwürfe über die Jahre hinweg schon oft zu hören bekommen hatten, die die Taktik kennen und nicht so leicht geneigt sind, darauf einzusteigen (schon in Z.13, sobald die Linie erkennbar wird, der Grüne *Abg. Wabl: Genug!*). Viele Abgeordnete hatten die Ausgrenzungsvorwürfe zwar als „Zumutung“ gesehen, manche, andererseits, den ganzen damit bezeichneten Komplex als „Nebeneffekt“ einer „politischen Notwendigkeit“ empfunden, durch den die dezidierte Abgrenzung von ArbeitskollegInnen, mit denen sie wichtige Teile ihrer Aktivitäten bestritten, durchaus „nichts positives“ an sich hatte.<sup>78</sup> Dass sie hier teilweise in ihren eigenen Reflexen ‚vorgeführt‘ wurden (in Z.62/63 „...schrieb an mich folgendes (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*) – das ist nicht zum Lachen, Sie werden es schon sehen“, später Z.105/6 „Schütteln Sie nicht den Kopf, lesen Sie den Brief! Ich gebe auch Ihnen gerne den Brief.“, dann die ‚Eigentore‘ von Nowotny in Z.86–89 und Guggenberger in Z.109–111), musste deshalb einen bitteren Beigeschmack bekommen, der den Angesprochenen durchaus Zweifel an ihren gewohnten Deutungsmustern nahe legen konnte.

Das meiste der hier angewandten rhetorischen Verfahren, die Personalisierung, das geschickte Kategorisieren in der Darstellung ebenso wie das Antizipieren von Einwänden und dementsprechende Vorbereiten mit punktuell ‚Belegmaterial‘ gehört durchaus zum gängigen Reper-

toire von politischen Reden. Was die spezifische Normalisierungsarbeit ausmacht, ist, dass Partik-Pablé innerhalb des eigenen Werteverständnisses der „Linken“ argumentiert, gegen die sie sich richtet. Die Unteilbarkeit des „Schutzes vor Diskriminierung“ (Z.54) ungeachtet von Hautfarbe, Nationalität und politischer Orientierung (Z.11–13) würde wohl kein Gegner bezweifeln, ist sogar, wie sie betont „auch etwas, das Sie gerne im Munde führen“ (Z.55). Der Interpretationsrahmen, den sie hier mobilisiert, um den eigenen Interpretationsrahmen zu stützen (die Freiheitlichen seien die eigentlich ‚Ausgegrenzten‘ und diejenigen, die sich als Schützer der Diskriminierten fühlen, schuld daran), ist genau die Vorstellung vom „Unwertgehalt“ der „ungerechtfertigten Benachteiligung“, dem sich die Autoren dieser Gesetzesvorlage 229/A verpflichtet fühlen.<sup>79</sup>

Die semantische Nähe zwischen den Begriffen ‚Abgrenzung‘ und ‚Ausgrenzung‘ birgt die Gefahr, durch minimale Verschiebung der Aspekte (z.B. Re kategorisierung von Kritik als ‚Meinung vorschreiben‘, Z.31) ein komplettes Kippen der Betrachtungsweise zu erzielen. Bei der Frage, wer für solche Bewertungs-Verschiebungen anfällig werden könnte, ist zu beachten, dass in der Ausgrenzungs-Behauptung der FPÖ auch ein „Identitätsangebot für Sozialdemokraten“<sup>80</sup> enthalten war, welches ebenso, wie es Freiheitliche in einer sorgsam gehegten „Bunkerstimmung“<sup>81</sup> zusammenschweißte, durchaus auch die Funktion hatte, die Parteimitglieder, SympathisantInnen und Wählerschaft anderer Parteien zu festigen (Slogan „Haider verhindern“). Trügerisch an diesem Identitätsangebot war, dass es im Zuge der fortschreitenden Wahlerfolge, der machtpolitisch motivierten Bündnisse und der Übernahme freiheitlicher Forderungen in der Gesetzgebung der großen Koalition bereits sehr brüchig wurde, also genau zu der kritischen Zeit, aus der die Rede stammt. Bei der EU-Parlamentswahl zwei Wochen zuvor war die FPÖ in drei Bundesländern stimmenstärkste Partei geworden und hatte gleichzeitig bei der Gemeinderatswahl in Wien – erstmals in der Geschichte – die absolute SPÖ-Mehrheit gebrochen. Von einem positiven Selbstbild als Verteidiger liberaler Werte

war da nicht mehr viel übrig, wobei für die einen wohl eher der mangelnde politische Erfolg im Vordergrund gestanden haben dürfte, für andere aber auch die Einsicht, dass Haider ihre eigenen unterschwellig vorhandenen xenophoben Tendenzen durchaus pointiert formulierte, weil „in heiklen Fragen (...) den kleinen Funktionären, die Position der FP oft näher als die der Parteispitze sei“, wie ein steirischer SP-Funktionär erklärte.<sup>82</sup>

Was haben aber ‚emanzipatorisch‘ gesinnte Abgeordnete für Deutungsmuster parat, um entscheiden zu können, ob die von Partik-Pablé angeführten Fälle tatsächlich als politische Diskriminierung im Sinne der Menschenrechte zu werten sind oder nicht? Beziehungsweise, wie passt die angebotene Deutung politischer Verhältnisse in ihre eigenen Interpretationsrahmen? Eine unklare oder beschränkte Vorstellung davon, wie gesellschaftliche Mechanismen der Ausgrenzung tatsächlich funktionieren, könnte da eine gewisse Empfänglichkeit erklären. Etwa das berechnete Kriterium, dass man den Diskriminierungsgehalt von Bezeichnungspraktiken (‚Neger‘, ‚Zigeuner‘, ‚Ausländer‘) am Empfinden der Betroffenen festmachen könne, reicht hier offenbar nicht aus: Eine emotionale Betroffenheit der freiheitlichen Abgeordneten und der Zwischenrufer über ihr ‚Ausgegrenztsein‘ ist gerade angesichts der zuvor erwähnten interaktiven Momente unübersehbar und nicht so leicht als vordergründiges politisches Kalkül zu klassifizieren. Partik-Pablés Engagement – als Mutter eines behinderten Kindes – ist zumindest im einen Beispielfall völlig glaubhaft.

Die stereotyp in Abwehrversuchen gebrauchte Formel, die Freiheitlichen würden sich durch ihr Verhalten „selbst ausgrenzen“,<sup>83</sup> muss hier unangenehm in Erinnerung rufen, dass es eines der gängigsten Rechtfertigungen von fremdenfeindlichen Ausgrenzungsmechanismen ist, Zuwanderer selbst für ihre Diskriminierung verantwortlich zu machen, da sie eine ‚schlechte Mentalität‘ hätten (Gotsbachner 2000; 2001).

Auch die in Arbeiten sowohl über die FPÖ als auch über Fremdenfeindlichkeit öfter genannten ‚Wir-Sie-Diskurse‘ (Wodak 2002) treffen das Kriterium nicht, wie zwischen ‚Ausgrenzung‘ und ‚Abgrenzung‘ unterschied-



den werden kann, sie sind in schwächerer Form ein weit verbreiteter Bestandteil politischer Profilierung. Cohen (1992) warnt deshalb vor reduktionistischen, sich mit Einzelaspekten begnügenden Rassismustheorien. Sie lassen sich rhetorisch umkehren und machen in einem Fall wie diesem nicht entscheidbar, ob hier tatsächlich eine ‚ungerechtfertigte Benachteiligung‘ besteht. Die Vereinnahmung eines Opferstatus ist immerhin eine oft genutzte Strategie der Verschleierung eigener aggressiver Tendenzen.

In der Partik-Pablé-Rede geht es wie bei jeder Normalisierungsarbeit darum, die Wiedererkennung eines ideologisch geprägten Diskurses zu durchbrechen und durch Aufgreifen gegnerischer Diskurselemente die Relevanz der eigenen Argumente und damit den eigenen, impliziten Interpretationsrahmen auch bei jenen zu etablieren, welche nicht der selben politischen Ansicht sind. Das Verfahren funktioniert auf einer rein diskursiven Ebene der publikumswirksamen Signale.<sup>84</sup> Dass Partik-Pablé hier einen Antrag zu Fall bringt, der vornehmlich nicht nur die Erhöhung eines Strafrahmens, sondern auch die Ausweitung eines bestehenden Gesetzesschutzes auf Behinderte vorgesehen hätte<sup>85</sup>, also auch genau auf den Fall, den sie als Widerlegung der sozialdemokratischen Glaubwürdigkeit anführt, eröffnet sich erst bei genauerer Betrachtung und wird nur von einem Folgeredner erkannt.<sup>86</sup>

Die entscheidende Frage ist hier, wie man den Normalisierungsversuch dieses rhetorischen Verfahrens systematisch durchbrechen kann, um den ersten Rahmen wieder zugänglich zu machen und den zweiten für Kritik zu öffnen. Automatische Zurückweisung fällt in die Falle, selbst die Reziprozität des Vertrauensvorschlusses und der wechselseitigen Verständigungsbemühung (Cicourel 1975) aufzuheben, was gerade auch Vorurteilsdiskurse auszeichnet (Gotsbacher 2002). Die spontanen Zwischenrufe sozialdemokratischer Abgeordneter führte Partik-Pablé in diesem Reflex ja recht wirkungsvoll vor. Effiziente Kritik muss differenzierter ansetzen, um dem Ausgrenzungsvorwurf zu begegnen.

Das effizienteste Mittel gegen Perspektivenumkehrung ist wiederum Perspektivenum-

kehrung, d.h. als selbstverständlich einzukalkulieren, wie die FPÖ unter der Perspektive einer gegen Diskriminierung auftretenden freiheitlichen Abgeordneten aussehen würde: Partik-Pablé für ihr ‚Zugeständnis‘, dass es sich bei der Diskriminierung von Zuwanderern und Behinderten um „ein sehr gravierendes Problem“ (Z.2) handle, zu loben,<sup>87</sup> aktiviert damit zuerst einmal ihre eigene Verpflichtung auf dieses gemeinsame Werteverständnis, auch oder gerade weil es ihrer impliziten Intention zuwiderläuft. Es markiert auch, dass so eine Konzession von freiheitlicher Seite keineswegs selbstverständlich ist. Eine effiziente Parierung der Normalisierungsstrategie könnte dann systematisch anhand von ebenso genauen wie in ihrer Aussagekraft weitreichenden Beispielen von aktuellen Äußerungen und politischen Handlungen von Freiheitlichen in Frage stellen, wie ernst Partik-Pablé es mit ihrem Bekenntnis gegen Diskriminierung von Zuwanderern oder politisch verfolgten Flüchtlingen meine, andererseits auch, was an der ‚Ausgrenzung‘ der FPÖ dran sei. So naheliegend und oft praktiziert der zweite Schritt scheint, ohne Aktivierung des ersten Interpretationsrahmens durch Ernstnehmen der Eigenverpflichtung und Verknüpfung mit einer ebenso konkreten wie auch von Freiheitlichen wiedererkennbaren Beschreibung ihrer eigenen politischen Praxis wäre jede Kritik dieser Art wirkungslos, könnte sie doch als weiteres Beispiel gelesen werden, das sich in den von Partik-Pablé gesetzten doppelten Interpretationsrahmen einfügt und diesen damit unfreiwillig unterstützt.

Die Analyse verdeutlicht, wie Freiheitliche gegnerische diskursive Repertoires gezielt angegriffen, während sie ihrerseits in den wiederkehrenden Argumentationsmustern ihrer Normalisierungsstrategien und Selbstdarstellungen kaum auf Gegenwehr stießen, und sie so bei bestimmten Schichten verankern konnten. Wie weit diskursive Repertoires auf unwidersprochenen Vorstellungen der Inanspruchnahme von Identitäten (z.B. Robin Hood – Haider als Retter alleinerziehender Mütter und irakischer Kinder) und Definitionsmacht (was Partik-Pablé bezüglich Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe<sup>88</sup> und „Klima der Toleranz“ – Z.9–

11 – sagen kann) beruhen, zeigt, dass es hier auch um eine längere Perspektive geht, die das politische Verhalten der Kontrahenten und deren Rezeption durch ein heterogenes Publikum berücksichtigt und darauf einzuwirken versucht.<sup>89</sup> Möglicherweise verließen manche sich zu sehr darauf, dass sich die Selbstdarstellungen der FPÖ von alleine entlarven. Dass Anfang 2000 bloß 30% der österreichischen WählerInnen neonationalistische und fremdenfeindliche Elemente als charakterbestimmend für die FPÖ sahen (Gingrich 2002), scheint hingegen zu belegen, dass diese mit ihren Normalisierungsstrategien, sich als die ‚wahrhaft Ausgegrenzten‘ in Österreich darzustellen, mittelfristig Erfolg hatte.

## Schlussfolgerungen

Zu einem Zeitpunkt, wo die FPÖ in der Wählergunst anscheinend ebenso exponentiell schrumpft, wie sie zuvor gewachsen ist, scheint ein Rückblick angebracht, wie deren Aufstieg möglich war. Neben anderen öfter genannten Faktoren, die ich ebenso für wichtig halte (Goldmann et al. 1991; Plasser/Ullram 1995; Bailer-Galanda/Neugebauer 1997; Reinfeldt 2000; Ötsch 2000; Pelinka 2002), habe ich mich hier auf den Aspekt der Normalisierungsstrategien konzentriert.

Über der Kritik an xenophoben, chauvinistischen und autoritären Vorstößen seitens der FPÖ und der Analyse ihrer extremistischen Tendenzen (Scharsach 1992; Bailer-Galanda/Neugebauer 1997) darf nicht übersehen werden, dass ihre Breitenwirkung mehr aus einer Palette von Inhalten stammte, die sie nach wechselnden Opportunitäten aufgreift, wie sehr so ein Populismus auch nur dann funktioniert, wenn er bei aktuellen Kernthemen punkten kann, in den 90er Jahren etwa der Zuwanderung bzw. der Artikulation normalisierter Ressentiments.<sup>90</sup> Schon früh hatte die Demoskopie ein Sinken etwa des Ausländerthemas als Wahlmotiv bei FP-AnhängerInnen zugunsten eines „breiten Bündels an Motiven“, das eine heterogene Protestwählerschaft bediente, konstatiert (Plasser/Ullram 1995). Damit will ich keinesfalls

verharmlosen, dass freiheitliche Politiker und Politikerinnen sich ungehemmt chauvinistischer und fremdenfeindlicher Ressentiments bedienen, und darin eine gewichtige Wirkung auf das politische und gesellschaftliche Klima in Österreich hatten. Es lässt sich auch relativ gut nachvollziehen, wie derartige Botschaften von der Bevölkerung aufgenommen und in die Klatschmühlen vorurteilsbeladenen Schimpftratsches eingespeist wurden, welche diskriminierende Praktiken gegen Zuwanderer nähren (Gotsbachner 2000).

Mir ging es hier nicht darum, die Debatte um den ‚wirklichen‘ Charakter der FPÖ zwischen ‚der Wählermaximierung dienenden ideologisch-programmatischen Modifikationen‘ eines originär rechtsradikalen Kerns (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997, 48) oder ‚ihrer weitgehenden praktischen ‚Ideologielosigkeit‘ bzw. dem raschen Positionswechsel in politischen Fragen‘ (Plasser/Ullram 2000, 239) weiterzuführen, sondern darum, den Umstand zu erklären, wie sich die FPÖ trotz realpolitisch schwacher Programme und Leistungen als ernstzunehmender Herausforderer der ‚Altparteien‘, als Reformkraft und politische Alternative präsentieren und in diesem Spiel sogar gegnerische Kritik mit einspannen konnte.

Die von FPÖ-Politikern und Politikerinnen eingeführte und habituell gebrauchte rhetorische Figur, sie wären von ihren politischen Gegnern ‚ausgegrenzt‘ worden, hat als Taktik, welche ihnen eine gewisse Immunisierung brachte, offenbar funktioniert. Sie haben damit den Deutungsrahmen öffentlicher Debatten in einer Weise besetzt, die die breitenwirksame Wahrnehmung ihrer Position zumindest in Oppositionszeiten nachhaltig beeinflusste. Das von ihnen geprägte und durch beharrliche Wiederholung im Laufe von über zehn Jahren auch bei unparteiischen Kommentatoren und sogar beim politischen Gegner ‚installierte‘ Schlagwort ‚Ausgrenzung‘ diente dem Zweck, den Hauptvorwurf an ihrer diskriminierenden Politik abzuwehren und gleichzeitig durch seine innere Logik ihren Machtanspruch anzumelden, lange bevor sie den Aufstieg von einer Klempartei geschafft hatten. Ich habe das hier in den wiederkehrenden Zusammenhängen, in denen

das Schlagwort gebraucht wurde, nachgezeichnet.

Die Übernahme einer gewissen Themenführerschaft geht dem politischen Aufstieg voraus. Es wäre falsch zu glauben, aktuelle Themen wären einfach da, so wie manche unterstellen, die den Aufstieg der FPÖ mit der politischen Situation im Österreich des ausgehenden Jahrtausends erklären (Plasser/Ullrich 1995; Cernin 1997), es braucht immer jemanden, um sie zu etablieren. Es hätte genügend andere gesellschaftliche Probleme als ‚Umwoltungs‘-ängste oder Privilegien von Arbeiterkammerfunktionären gegeben, die virulent waren und sind, es aber nicht auf die politische Tagesordnung geschafft haben. Jedenfalls ist der Einfluss nicht zu unterschätzen, den das größere Geschick der FPÖ, in ihren Inszenierungen und Stellungnahmen zur laufenden tagespolitischen Debatte ihre eigenen Interpretationsrahmen der politischen Verhältnisse in Österreich zu etablieren, auf ihren Erfolg zwischen 1986 und 1999 hatte. Solange die FPÖ ihre einzelnen Argumentationslinien auf eine wiedererkennbare, in der dauernden Wiederholung etablierte ‚storyline‘ ausrichten und nicht an ihrer tatsächlichen Regierungsarbeit gemessen werden konnte, ging sie aus gegnerischen Attacken nicht selten sogar gestärkt hervor.<sup>91</sup> Kritik an der FPÖ war dort „...zum Scheitern verurteilt, wo sie keine eigene Sinnstiftung dabei hatte“ (Zöchling), oder auf solche Muster rekurrierte, die Freiheitliche im Ausgrenzungs- oder Faschismuskeulenvorwurf schon antizipierend entwertet oder umgekehrt hatten. Das lag daran, dass sie „die Botschaft weiterträgt, auch wenn diese negativ besetzt wird“ (Krammer), anstatt sie grundlegend neu zu rahmen. Noch heute, trotz der Glaubwürdigkeitserosion, welche die FPÖ in drei Jahren Regierungsbeteiligung erfuhr, sind bei der nunmehrigen Oppositionspartei SPÖ Schwierigkeiten spürbar, mit Kritik an freiheitlichen Fehlleistungen und Skandalen (‚Spitzelaffäre‘, Gaugg) zu punkten, da es ihr nicht gelingt, einen konsistenten Deutungsrahmen freiheitlicher politischer Äußerungen darum zu etablieren.

Welche Lehren sind nun aus diesem Beispiel zu ziehen? Zuerst einmal die Warnung, dass

rechtspopulistische Parteien einen Teil ihrer Mobilisierungskraft aus der Empörung ziehen können, die sie bewusst provozieren. Deshalb muss man die Mechanismen, wie öffentliche Kritik von bestimmter Seite zur Mobilisierung von Unterstützung einer dafür empfänglichen Anhängerschaft umgekehrt werden kann, auch sehr genau analysieren, um gezielt gegensteuern zu können.

Das sehe ich auch als eine Herausforderung an PolitologInnen und SoziolinguistInnen, sich damit zu beschäftigen, wie die komplexen Strategien des Einbaus von Kritik in einen diskursiven Rahmen mit einer Logik, die ihre Wirkung in das Gegenteil kehrt, funktionieren. Der Effekt, gegnerischen Diskurselementen eine eigene Logik überzustülpen, sodass diese Gegner beginnen, diesen Deutungsrahmen selbst unfreiwillig zu stützen, bezieht sich auf den normalisierten Bedeutungshorizont des in öffentlichen Debatten verwendeten Sprachgebrauchs, nicht notwendigerweise auf eine Meinungs- oder Haltungsänderung. Es ist gerade das ‚Perfide‘ an solchen Strategien, dass sie die Bewertung der Haltung des Gegners umdrehen und diesen damit in einem *double-bind* fangen. Eine tiefgreifende Wirkung haben solche Strategien vor allem auf Dritte, und über den Druck der öffentlichen Meinung wird dann auch die Etablierung von politischen Inhalten akut.

Normalisierungsstrategien sind Handlungsperspektiven mittelfristiger Zeithorizonte. Politische Ansprüche und Probleme können nur wahrgenommen werden, wenn Akteure sie im Deutungsrahmen der politischen Diskussion verankern, weil jede öffentliche Wahrnehmung auf ihnen basiert (Schön/Rein 1992). Politische Rhetorik muss auf diese Definitionen der selbstverständlichen Deutungsvoraussetzungen zielen, wo Kompetenzverteilungen, Definitionsmacht über bestimmte soziale Bereiche sowie schematische Vorstellungen gesellschaftlicher Problemlagen als Hintergrundwissen solcher Auseinandersetzungen verfügbar sind. Sie werden durch die Rolle der Medien in der Politik immer wichtiger und machen eine Untersuchung von sozialer Macht, wie sie in diesen ideologischen Denkvoraussetzungen etablierter Sprechweisen manifest wird, durch ein diskurs-

analytisches Instrumentarium notwendig. Insofern gilt es, diskursive Normalisierungsstrategien, die auf die Interpretationsrahmen politischer Diskussion abzielen, als wichtigen Aspekt politikwissenschaftlicher Forschung zu entdecken.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Eine frühere Version dieser Arbeit wurde am 21.2.2002 auf der Jahrestagung der Forschungsgruppe „Sprache in der Politik“ in Aachen vorgetragen, welche Frank Liedtke und Paul Meyer organisierten. Methodisch stütze ich mich auf eine Untersuchung von knapp 250 Artikeln aus Tageszeitungen zum Stichwort ‚Ausgrenzung‘ im Zusammenhang mit der FPÖ (als deren Opfer), und eine genaue, exemplarische Diskursanalyse einer Parlamentsdebatte. Die erfassten Tageszeitungen sind Kleine Zeitung, Kurier, Neue Kronen Zeitung, Oberösterreichische Nachrichten, Presse, Salzburger Nachrichten, Standard, Tiroler Tageszeitung und Vorarlberger Nachrichten. Ich bediente mich dabei des Österreichischen Zeitungskorpus, der am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim online verfügbar ist (<http://corpora.ids-mannheim.de/cosmas/>) und der Online-Archivssuchen der Tageszeitungen Presse (<http://www.diepresse.com/services/archiv/default.asp>) und Standard (<http://derstandard.at/Archiv>). Expertengespräche mit PolitikerInnen der verschiedenen Parteien und innenpolitischen RedakteurInnen verschiedener Tageszeitungen dienten zur Kontextualisierung der Ergebnisse. Ich werde doppelte Anführungszeichen durchgängig für belegte Zitate und wörtlich übernommene Textteile verwenden, einfache hingegen für Paraphrasierungen und zugespitzte oder distanziert gebrauchte Ausdrücke.
- 2 Nach Schön/Rein (1994, 23) beruhen politische Positionen auf darunter liegenden Strukturen von Glaubensvorstellungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen, die sie „Interpretationsrahmen“ nennen. „We see policy controversies as disputes in which the contending parties hold conflicting frames. Disputes are resistant to resolution by appeal to facts or reasoned argumentation because the parties conflicting frames determine what counts as a fact and what arguments are taken to be relevant and compelling. Frames that shape policy positions and underlie controversy are usually tacit, which means that they are exempt from conscious attention and reasoning.“
- 3 Unter Diskursen verstehe ich hier die wiederkehrenden und wiedererkennbaren Formen, in denen gesellschaftliche Muster von Bedeutungen sprachlich und pragmatisch reproduziert, d.h. in der Interaktion laufend weitergegeben oder modifiziert werden

(Donati 1992; Potter 1996; Parker 1999; Slembrouck 2001; Gotsbacher 2001). Sie regeln die Prozesse, wie als ‚normal‘ geltende Vorstellungen der sozialen Welt und ihrer Probleme, Rollenverteilungen, Identitätsansprüche etc., von Textproduzenten und -rezipienten in dem mitverstanden, an sozialem Wissen ‚aufgefüllt‘ werden, was in der alltäglichen Kommunikation unausgesprochen bleibt, weil Sprechende/Schreibende es eben als selbstverständlich voraussetzen. Deutungsrahmen dienen bei diesen Prozessen als Schemata, die Fehlendes ergänzen und Ambivalenzen auflösen lassen. Vergl. <http://www.ids-mannheim.de/prag/GAIS/analyse/EGInterpretationsrahmenDebatten.pdf> .

- 4 Verschiedene Beobachter sind sich darüber einig, dass Haider trotz mehrfacher Warnungen vom Bruch der kleinen Koalition überrascht, sozusagen „am falschen Fuß erwischt“ (Krammer) worden war, und sich darüber ungewöhnlich gekränkt zeigte. Sein persönliches Gefühl des Ausgegrenztseins stand daher in gewissem Sinne am Anfang seiner bundespolitischen Karriere, wie Kier und Zöchling im Interview erklären.
- 5 Die Presse, 29.01.1997: „Laßt Haider arbeiten!“
- 6 Selbst Posten, die nach der Geschäftsordnung des Parlaments nicht zwingend oppositionellen Parteien zugesprochen werden, wie dritter Nationalratspräsident, oder Ausschussvorsitz und deren Stellvertretung, wurden usancenmäßig auch Freiheitlichen zuteil.
- 7 Betonte Karl Krammer, früher Pressesprecher Vranitzkys, im Interview. Die genauen Zahlen laut einer persönlichen Mitteilung der Parlamentsdokumentation vom 16.7.2003 sind 73,0% der Gesetzesbeschlüsse für die XVII. GP (1986-1990), 57,6% für die XVIII. GP (1990-1994), und 61,5% für die XIX. GP (1994-1996). Erst in der XX. GP (1996-1999) ist die Zahl auf 37,08% gesunken, die FPÖ hat aber dennoch insgesamt 55,76% der Gesetze der großen Koalition mitgetragen.
- 8 Salzburger Nachrichten, 21.12.1991: „In der österreichischen Innenpolitik hat ‚Ausgrenzung‘ und ‚ausgrenzen‘ eine ganz bestimmte, von Jörg Haider geprägte Bedeutung bekommen. Für Haider bedeutet die Weigerung der SPÖ und auch der ÖVP, mit der FPÖ zusammenzuarbeiten, ‚Ausgrenzung‘ – im Sinne von unstatthaftem, widerrechtlichem, in jedem Fall aber undemokratischem Fernhalten seiner Partei von der ihr vermeintlich zustehenden Position, etwa in der Bundesregierung. Nationalratspräsident Heinz Fischer hat dem am Freitag widersprochen: An dem Verhältnis zwischen seiner Partei und der FPÖ sei nichts unstatthaft, nichts widerrechtlich und schon gar nichts undemokratisch. Es sei für eine Partei völlig legitim, sich ihren Partner auszusuchen, wo sie dies in freier Willensbildung tun könne. In den Organen des Nationalrates (übrigens auch in den Proporzregierungen der Länder) müsse zusammengearbeitet werden, und dort werde auch zusammengearbeitet. Von ‚Ausgrenzung‘ in der Haiderschen Bedeutung könne also keine Rede

- sein. Wovon die Rede sein kann ist, daß die SPÖ sich von der FPÖ abgrenzt – und zwar in aller Entschiedenheit.“
- 9 Etwa schrieben Scharsach (1992, 21): „Seit die extreme Rechte ihre Ziele tarnt und ihre einstigen Vorbilder verleugnet, bröckelt die Front von Abwehr und Ausgrenzung.“ oder Bailer-Galanda/Neugebauer (1997, 132), dass Vranitzky „...die Haider-FPÖ konsequent ausgrenzte, auch um den Preis gewichtiger politischer Nachteile.“
  - 10 Volker Kier, Abgeordneter des Liberalen Forums (LiF), der früher selbst FPÖ-Mitglied und Sekretär des Vizekanzlers Steger war, erklärte im Interview, dass es zwar regelmäßige Zusammenarbeit in Ausschüssen und bei Abstimmungen gab, manche mit parteiübergreifenden Sondierungsgesprächen gegenüber der Haider-FPÖ aber insofern vorsichtig waren, als man nicht sicher sein konnte, dass von diesen die dabei ausgetauschten Kontakte an sich oder vom Inhalt her missbraucht, das heißt an anderer Stelle politisch ausgenutzt, umgedreht oder auch enteignet würden. Die grüne Klubobfrau Petrovič betont, dass etwa in der Präsidiäle des Nationalrates die Vertreter aller Parteien außer der Grünen mit Haider per Du waren, es gab auch gemeinsame Reisen bzw. andere gesellschaftliche Veranstaltungen. Rauscher und Zöchling merkten an, dass Freiheitliche an von verschiedenen Organisationen veranstalteten Podiumsdiskussionen oft nicht teilnahmen, obwohl sie dazu eingeladen waren.
  - 11 Diesen Ausdruck verwendete Mölzer im Interview. Stix antwortete auf die Frage, worin sich die Ausgrenzung am stärksten bemerkbar gemacht habe, nur „in allem“, während Mühlwert und Tscharnutter in der Diskussion jede Kritik an ihren Äußerungen als ‚Ausgrenzung‘ werteten.
  - 12 Da die Volltextrecherchen der Tageszeitungen nicht so weit zurückreichen, kann ich die erste Erwähnung erst 1989 nachweisen, in der Wiener Stadtzeitung „Falter“ und den „Oberösterreichischen Nachrichten“, doch verweist die als selbstverständlich gehandhabte Verwendung bereits damals auf eine frühere Verbreitung. Die in COSMAS, dem Korpus des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim gefundenen Daten aus dem Österreichischen Zeitungskorpus liefern wegen Spezifika der Suchmaschine keine zuverlässigen absoluten Zahlen, etwa stehen 2 Belege aus „Die Presse“ für das Jahr 1997 einer im „Presse“-Archiv gefundenen Artikelzahl von 14 gegenüber.
  - 13 Wie sogar eine FPÖ-kritische Stimme wie Christoph Kotanko im Interview erklärt.
  - 14 Kurier, 07.12.1992: „Dillersberger vor Polit-Comeback“
  - 15 Salzburger Nachrichten, 01.04.1992: „Diskussion nicht am Stammtisch, sondern am Linzer Landestheater“
  - 16 Sogar noch lange nachdem die rassistischen Hintergründe des Bombenanschlags 1995 in Oberwart eindeutig wurden, mutmaßte Haider, ob sie nicht auf blutige interne Fehden wegen Waffenschiebereien oder ähnlich dunkle Machenschaften innerhalb der Roma-Gemeinde zurückzuführen wären (Interview Haiders in den Kärntner Nachrichten vom 27. 7. 1995).
  - 17 Mein erster Beleg des Ausgrenzungsvorwurfs, im ‚Falter‘ vom 10.11.1989: „Was man sich denkt, muß man nicht unbedingt sagen...“, zitiert den noch aus Vor-Haider-Zeiten etablierten Wiener Paradeliberalen Holger Bauer.
  - 18 Kurier, 11.05.1992: „Ein total Liberaler als FP-Klubdirektor“
  - 19 Tiroler Tageszeitung, 03.09.1996: „Haider's Liste mit Knalleffekt“  
„(...) Eigentlicher Knalleffekt ist aber die Nummer zwei: Der eher der Linken zugerechnete Publizist Peter Sichrovsky tritt für Haider's FPÖ an. (...) Sichrovsky: „Stimmungen ändern sich.“ Im übrigen sei die Ausgrenzung der Freiheitlichen durch die Linke „im Grunde ein faschistoides Verhalten“. Sichrovsky ist überzeugt, daß es eine demokratische Entwicklung nur durch „radikale Opposition“, wie sie die FPÖ betreibt, geben könne. Deswegen unterstütze er Haider. (...)“
  - 20 Ötsch (2000, 84) zitiert zu diesem Vorgang Rupert Lay über „Manipulation durch Sprache“: „...mit der Zahl der Wiederholungen einer Behauptung wächst die Bereitschaft beim Hörenden, die Behauptung als wahr zu akzeptieren. Das gilt für alle Behauptungen, die dem Hörenden nicht auf Anhieb als unwahr erscheinen. Ist er unsicher (...) kann die Wiederholung die Sperre der Unsicherheit abbauen und gar ein Feld der Gewissheit über die Wahrheit dieser Aussage legen. Ist aber eine Behauptung von einigen akzeptiert worden, dann beschleunigt sich der (...) Prozeß.“
  - 21 Volker Kier im Interview
  - 22 Kleine Zeitung, 30.09.1999: „Holprige Wahlhilfen und plakative Weisheiten“
  - 23 Haider verglich die FPÖ im Laufe der Jahre mit Kurden, Palästinensern und sogar Juden, sich selbst z.B. auch mit dem gekreuzigten Christus, wobei er regelmäßig auf seine ‚Ausgrenzung‘ hinwies. Als Beispiel siehe: Salzburger Nachrichten, 25.05.1993: „Jörg Haider über Franz Vranitzky“  
„WIEN (SN). FPÖ-Chef Jörg Haider hat Bundeskanzler Franz Vranitzky als ‚Nadelstreifen-Faschisten‘ bezeichnet. ‚Wenn jemand nicht gesprächsbereit ist und den politischen Gegner ausgrenzt, dann ist er einfach unfähig zu einer lebendigen Demokratie‘, sagte Haider in einem von der Zeitschrift ‚Wiener‘ verbreiteten Interview. Haider: ‚Entweder ist er feig oder er hat faschistoide Charakterzüge.‘ Mit Hinweis auf das Dritte Reich antwortete Haider auf die Frage ‚Und die Juden von heute, das ist die FPÖ?‘: ‚Das ist die FPÖ, ja.‘“
  - 24 Kier im Interview.
  - 25 Kurier, 28.04.1992: „Zur Zeit keine Präferenz der FP“
  - 26 Salzburger Nachrichten, 19.12.1991: „Klestil: Ich bin wirklich unabhängig“
  - 27 Vranitzky im Interview.
  - 28 Salzburger Nachrichten, 29.04.1992: „SPÖ Wien umschmeichelt ‚FPÖ-Liberale‘ und ‚Grüne““

- 29 Salzburger Nachrichten, 15.05.1992: „Wahlkampf um Hofburg geht in die entscheidende Phase“  
 (...) Die FPÖ, deren Kandidatin an der Stichwahl am 24. Mai nicht mehr teilnimmt, bemühte sich am Donnerstag nach Kräften, wenigstens in der TV-Diskussion vorzukommen. Parteichef Haider hatte am Vorabend zwei gleichlautende Briefe an die Kandidaten versandt, um sie in der TV-Sendung zu Stellungnahmen über die FPÖ herauszufordern. Unter anderem wollte Haider wissen, ob Streicher beziehungsweise Klestil als Bundespräsidenten den Parteienproporz abschaffen und ob sie die FPÖ ‚ausgrenzen‘ würden. Als der ORF bis Donnerstag mittag nicht über die Haider-Briefe berichtet hatte, sprach FPÖ-Generalsekretär Walter Meischberger von einem ‚Affront gegenüber den Wählern‘. (...)“
- 30 So auch die Einschätzung Karl Krammers, damals Sprecher Vranitzkys. Stix, der damals Wahlkampfberater Heide Schmidts war, erklärt im Interview: „Es ging um die simple machtpolitische Überlegung, welcher Bundespräsidentenkandidat im Ernstfall die FPÖ in eine Regierungskoalition lassen würde.“
- 31 Tatsächlich wurde sie dann auch von den Sozialdemokraten parteiintern als Erklärung zur Wahlniederlage angeführt. Kurier, 27.05.1992: „Wahlkampf fehlte die Kraft der Stärke“
- 32 APA-Meldung vom 9.4.1989: „Haider: Gehe in Landesregierung“  
 „Auf seine Ankündigung, das Verhältnis zur SPÖ entkrampfen zu wollen, angesprochen, sagte Haider, es sei jetzt notwendig, einen Strich zu ziehen und eine Stiländerung in der Politik zu versuchen. (...) Zu dem von ihm gebrauchten Vergleich, wonach die SPÖ durch die Ausgrenzung der FPÖ NS-Methoden praktiziere, meinte Haider lediglich, ‚wie man hineinruft, so hallt es zurück.‘“
- 33 Salzburger Nachrichten, 22.05.1993: „NÖ: Pröll schlägt Brücke auch in Richtung der FPÖ. ‚Ausgrenzung in der Vergangenheit war ein Fehler“
- 34 Salzburger Nachrichten, 16.04.1994: „Macht oder Quarantäne“
- 35 Salzburger Nachrichten, 23.04.1994: „Vranitzky: ‚Keine Pakte mit Haider‘“
- 36 Salzburger Nachrichten, 05.09.1992: „Vranitzkys Wollen und sein“
- 37 Salzburger Nachrichten, 17.01.1996: „Weichenstellung für Waltraud Klammer?“
- 38 Kurier, 21.04.1996 „FPÖ agiert innerhalb des Verfassungsbogens“ Das Statement an sich ist ja einigermaßen unauffällig, doch erschließt sich erst aus dem Kontext, wie es von einem breiteren Publikum verstanden wurde.
- 39 Der Standard, 08. November 1996: „VP liebäugelt in der Steiermark mit FP und droht in Kärnten mit Ausstieg“
- 40 Der Standard, 14. November 1996: „SPÖ Steiermark: ‚Verhältnis zur FPÖ neu überdenken‘“
- 41 Der Standard, 15. November 1996: „SPÖ-Spitze stellt klar: ‚Haben mit FPÖ nichts gemeinsam‘ Herbe Kritik an steirischem Landesgeschäftsführer“
- 42 Der Standard, 16. November 1996: „Eine wachsende Versuchung. Auch in Kärnten findet die SP-Basis zunehmend Gefallen an der FP“
- 43 Dass Vranitzky von ‚Wehleidigkeit‘ spricht, muss unangenehm in Erinnerung rufen, dass ‚Überempfindlichkeit‘ oder ‚Wehleidigkeit‘ eine Standarderwiderung seitens der Mächtigen ist, wenn sich tatsächlich diskriminierte oder gesichtsverletzende Übergriffe wehren (Gotsbacher 1999).
- 44 Der Standard, 05. Dezember 1996: „Politik der Beliebigkeit“ von Katharina Krawagna-Pfeifer  
 „Wie Politik zu Beliebigkeit verkommt, wenn Volkstimme beziehungsweise jene der vermeintlichen eigenen Stammtischklientel zur Handlungsanleitung wird, exerzieren zur Zeit vor allem steirische Sozialdemokraten vor. Immer lauter erschallt der Ruf aus dem Süden nach Ende der vielzitierten ‚Ausgrenzung‘ der Freiheitlichen, ohne dass die Genossen merken, wie sehr sie mittlerweile die larmoyante Diktion jener übernehmen, die ihre vorgeblichen politischen Gegner sind. Denn seit Jahr und Tag pflegen die Freiheitlichen penibel ihr Märtyrerimage als vermeintlich Ausgestoßene und verschweigen auf diese Art und Weise gekonnt, dass es eben kein Recht auf Regierungsbeteiligung gibt. Doch nicht nur die Übernahme des freiheitlichen Vokabulars zeichnet zur Zeit die steirische Sozialdemokratie aus. Den Aufruf zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit den Positionen der Freiheitlichen wurde offenbar gründlich mißverstanden. Nicht anders ist es zu erklären, dass der als tolerant bekannte Grazer Bürgermeister Alfred Stingl ein ‚Anti-Bettler-Gesetz‘ initiiert hat, das nur zum Ziel hat, den Bewohnern der steirischen Landeshauptstadt den ihnen möglicherweise nicht sehr angenehmen Anblick von Bedürftigen zu ersparen. Das ist Populismus in Reinkultur, zumal die bereits geltenden gesetzlichen Grundlagen durchaus genügen, um gegen allfällige Straftäter vorgehen zu können. Ob es der SPÖ gelingt, mit dieser Aktion bei den kommenden Grazer Kommunalwahlen nur eine einzige Stimme von den Freiheitlichen lockerzumachen, ist außerdem überaus fraglich. Diese Strategie ist bereits mehrmals gründlich danebengegangen, weil etliche Wähler in derartigen Fällen ihr Kreuz lieber gleich beim Schmied und nicht beim Schmiedl machen.“
- 45 In meinem Interview stimmte Vranitzky 2002 dieser Kritik uneingeschränkt zu
- 46 Presse, 21.01.1997: „Forderungen an die neue Regierung“  
 „SJ-Chef Robert Pichler wünscht sich von dem künftigen Bundeskanzler Viktor Klima (...): ‚Kein Aufweichen der Ausgrenzung der Haider-FPÖ‘. Dies stehe für die Sozialistische Jugend ‚an oberster Stelle der Forderungsliste‘.“
- 47 Der Standard, 20. Jänner 1997: „Reaktionen“
- 48 Die Presse, 29.01.1997: „Laßt Haider arbeiten! Die Stunde der Wahrheit. Die Freiheitlichen wurden von der Ausgrenzung verdorben. Das Getingel der Wahlkämpfe dürfte manchen vergessen haben lassen, wie die Mühen der Ebene aussehen. Gastkommentar von Andreas Mölzer“

- 49 Der Standard, 03. März 1997: „Wie die F alte Arbeitsplätze sichern und neue schaffen will“
- 50 Wie sich auch Kier im Interview erinnert.
- 51 Er erinnert an den sozialistischen Wahlslogan von 1970 „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten!“ Haider kultivierte eine kokette Bewunderung für die Politik Kreiskys, als dessen Erbe er sich gerne ausgibt (Zöchling 1999, 89)
- 52 Die Presse, 31.01.1997: „54 Prozent gegen FP- ‚Ausgrenzung‘. ‚Presse‘-Umfrage“
- 53 Die Umfrage behandelt künftige Koalitionsoptionen unter dem ideologischen Schlagwort ‚Ausgrenzung‘ und eröffnet damit, unter welchen Denkvoraussetzungen sie durchgeführt wurde. Wie Befragte antworteten, die die ideologische Färbung der Fragen kritisch sahen, bleibt dahingestellt.
- 54 Unter anderem behaupteten das der langjährige Generalintendant des Österreichischen Rundfunks Gerd Bacher (Die Presse, 11.10.1999: „Waldheim oder der Verfolgungswahn. Das Ausland als Zeugen gegen Österreich zu mobilisieren, ist alte Methode hiezulande.“) oder der dem „Liberalen Forum“ nahe-stehende Gastkommentator Christoph Landerer (Die Presse, 30.09.00: „Nach den Sanktionen: Lehren zum Umgang mit der FPÖ“), ein angesehenen innenpoliti-scher Kommentator hatte schon Jahre zuvor ein Buch über Vranitzky als „Haider-Macher“ verfasst (Czernin 1997).
- 55 „Österreichgespräch“ am 15.März 2000. Daran nah-men zwar auch OppositionspolitikerInnen teil, aber unter stark asymmetrischer Aufteilung des Rede-rechtes und der Themenordnung. Ähnliches gilt für RednerInnen aus dem Saalpublikum. (de Cillia 2003)
- 56 Die Presse, 5./6. Mai 2000: (Titelseite, erste Schlag-zeile) „Lenkt EU bis Juni nicht ein, kommt eine Volksbefragung.“  
„Die Bundesregierung beschloß am Freitag Maßnah-men gegen die EU-Sanktionen – inklusive einer Volksbefragung im Herbst (...) Im Aktionsprogramm wird auch heftige Kritik an den 14-EU Partnern ge-übt. ‘Die bewusste Ausgrenzung eines demokratisch bewehrten Landes’ verletze gerade jene Grundwerte der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die angeb-lich geschützt werden sollten. Schlüssel: ‘Es wird langsam Zeit, dass sich die 14 überlegen, ob sie der europäischen Idee nicht schaden.’“
- 57 Als ein Beispiel dafür, dass die ‚Maßnahmen‘ prak-tisch nicht so streng gehandhabt wurden, wie ange-kündigt, und insofern die Bezeichnung ‚Sanktionen‘ nicht rechtfertigen, vergl. Die Presse, 5./6. Mai 2000: (Titelseite, zweite Schlagzeile) „EU Staaten stimmten für Österreich. In vier UN-Kommissionen wurde Österreich hineingewählt“  
„WIEN (scu.) Österreich wurde Donnerstag abend in vier wichtige UN-Kommissionen gewählt – und zwar mit Hilfe der USA und ‚mehrerer EU-Länder‘, wie im Außenamt der ‚Presse‘ bestätigt wurde. (...) Interessant ist dies insofern, da es in der Erklärung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft vom 31. Jänner vor der Regierungsbildung in Österreich un-ter anderem heißt, es werde ‚keinerlei Unterstützung für österreichische Kandidaten geben, die sich um Positionen in internationalen Organisationen beweren‘.“
- 58 Interne politische Beobachter führen an, dass die FPÖ immer, wenn sie selbst an der Macht war, die Posten-vergabe an blaue Parteigänger mindestens genauso intensiv betrieb wie Volkspartei und Sozialdemokraten, von Aufsichtsratsposten in der verstaatlichten Wirtschaft bis zu Schuldirektoren. (Interviews Kier, Zöchling). Haider setzte in seiner ersten Periode als Kärntner Landeshauptmann 1989-1991 auch eine Erhöhung der Politikergehälter durch. Die Spesen-regelung seiner Partei, die ihm große Empfänge und Reisen zu finanzieren erlaubte, wurde erst vor Kur-zem bekannt.
- 59 Zöchling meinte, dass die Idee eines ‚Schecks‘, den man als Stück Freiheit je nach Bedarf einlösen kann, dabei von der gewerkschaftlichen Forderung eines ‚Bildungsschecks‘ für Arbeitnehmende kopiert wur-de.
- 60 Vergl. auch Januschek (1991b: 18): „Haider ist längst ‚entlarvt‘. Je mehr die ÖsterreicherInnen überzeugt sind, daß er ein Rechtsextremer ist, desto dringender ihr Bedürfnis nach handfesten Beweisen; und was immer als ‚Beweis‘ angeführt wird, erscheint lediglich als Beweis für seine Raffinesse, nämlich die, so zu formulieren, daß man ihm nichts nachwei-sen kann.“
- 61 Haider wörtlich zu seiner Bagdad-Reise am 13.2.02 im Mittagsjournal, den Radionachrichten auf Ö1: „In diesem Fall bin ich aah erstmals vielleicht in meinem Leben auch einer Meinung mit dem deutschen Außenminister Fischer, was Sie vielleicht verwun-dern mag, aber ich teile hier seine Meinung. Er sagt: man kann nicht mit unbewiesenen Behauptungen – irgendwelche – Staaten als Böse hinstellen, ah, und dann einen Vorwand – für – rüstungspolitische Initi-ativen zu haben .hh und ich denke – ah davor muss sich Europa hüten – dass wir aus der – aus dem ge-meinsamen Kampf gegen Terrorismus einen Frei-schein für die Rüstungspolitik machen. Da gibt es ja viele, denen sind die Staaten, die Menschen, die Schicksale vollkommen egal, denen is ihr großes Rüstungsgeschäft wichtig.“ Dass Haider in Bagdad vom Waffenproduzenten Glock begleitet wurde, tat seinem Anspruch, es habe sich um eine humanitäre Reise gehandelt, keinen Abbruch.
- 62 So der 1998 aus der FPÖ ausgetretene Politiker Rüdiger Stix im Interview. Für Atomkraft war Haider etwa zur Zeit der kleinen Koalition aufgetreten, wo-bei er sich offen gegen den offiziellen Anti-Atom-Kurs der FPÖ unter dem freiheitlichen Vizekanzler Steger stellte.
- 63 Helmut Müller (1997, 77), Ex-Parteigänger Haiders kritisierte – wie auch andere im selben Sammelband, der Beiträge aus dem nationalistischen bis offen re-visionistischen ‚dritten Lager‘ vereint – den „zuneh-menden Zick-Zack-Kurs“. Die kritische Sozial-psychologen-Gruppe um Ottomeyer kommt zu ei-nem ähnlichen Ergebnis, dass Haider seine diversen Rollen „... in einer solchen Geschwindigkeit und

- Bruchlosigkeit vorführt, dass er für viele die Hoffnung auf eine endlich vereinte Identität verkörpert.“ (Goldmann/Krall/Ottomeyer 1991, 190)
- 64 Etwa schrieb Haider nach seinem Irakbesuch unter dem Titel „Doppelmoral in Schwarz/Rot/Grün“ einen Gastkommentar in der ‚Presse‘ (16./17.2.02), von dem, was seine Analyse internationaler Politik und des „militärisch verengten Sicherheitsbegriffs der USA“ anbelangt, „2/3 genauso gut von einem Institut für internationale Beziehungen verfasst hätte sein können“, wie eine Kritikerin wie Christa Zöchling im Interview durchaus zugibt. Dass das für sie wie anderen kritischen Stimmen aus verschiedenen politischen Lagern aber nicht aufwiegen kann, dass Haider eine Solidaritätsadresse des österreichischen Volkes an einen des Massenmordes schuldigen Diktator überbracht hat, wird wiederum von Haider und seinen Sympathisanten mit dem Hinweis gekontert, auch Kreisky hätte etwa ‚unorthodoxe Nahostpolitik‘ gemacht.
- 65 Siehe die abfälligen Passagen über berufstätige Mütter aus Haiders Buch „Die Freiheit, die ich meine“ (1993, 13), oder, dass außerhalb der EU-Osterweiterungsfrage kein FP-Engagement gegen Atomkraft zu merken war.
- 66 Konstatierten auch Zöchling und Kotanko im Interview.
- 67 Stix, Petrović im Interview.
- 68 Etwa wurde die Drittstaatsklausel, dass Asylanträge prinzipiell abgelehnt werden, wenn Bewerber aus einem angeblich ‚sicheren Drittstaat‘ einreisen, in Österreich unter einem sozialdemokratischen Innenminister erfunden. (Kier, Petrović im Interview)
- 69 Wie so unterschiedliche Stimmen wie Petrović und Mölzer in ihren Interviews erklären. Der heute nur noch von alteingefleischten Haiderianern vertretene Standpunkt, sie wären in der schwarzblauen Koalition die ‚treibende Reformkraft‘, stützt sich auf dieses mittlerweile schwindende Selbstbild.
- 70 Die Presse, 29.01.1997: „Laßt Haider arbeiten! Die Stunde der Wahrheit“
- 71 Im Volltext findet man diese Parlamentsdebatte als 16. Tagesordnungspunkt der 43. Sitzung des österreichischen Nationalrats, XX. Gesetzgebungsperiode, S.169–179 (wobei die Rede von Partik-Pablé sich von S.171–173 erstreckt) unter der Webadresse: [http://www1.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/NRSP/NRSP\\_043/NRSP\\_043.doc](http://www1.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/NRSP/NRSP_043/NRSP_043.doc), zuletzt abgerufen am 18.6.2002.
- 72 Die Reihung in „die gesamte FPÖ, samt Bundesparteiohmann“ dreht den Sachverhalt der Erklärung ‚keine Koalition mit der FPÖ unter Haider‘ um, auch das Zitat „hat gesagt ... muss ausgegrenzt werden“ ist eine Unterstellung, da Vranitzky sich von der Vokabel immer distanziert hat.
- 73 Das angebliche Zitat funktioniert in der Geschichte auch als Hinweis, dass hier eine mutwillige Basis für dieses Versäumnis vorliege, da die Frau in einer sozialdemokratischen nterorganisation mit der Einschaltung der Freiheitlichen gedroht habe.
- 74 „Ich bin gerne bereit und auch interessiert, mich mit dem Fall, den die Kollegin Partik-Pablé hier vorge-  
tragen hat, näher auseinanderzusetzen, allerdings genügt mir das hier Vorgetragene nicht. Aber es ist interessant.“ Stenograph.Protokoll XX/43 S.173.
- 75 Die Freiheitliche Partei sammelte verwendbares Material über ihre politischen Gegner, das oft genau auf solche antizipierten Einwände gemünzt war. Sie hielt sich bewusst mit der sofortigen Veröffentlichung zurück, um sie dann viel wirksamer in Fernsehdiskussionen oder in Parlamentsdebatten mit dem nötigen Überraschungsmoment lancieren zu können. Jörg Haider in „TV-Media“ 40/1996: „Ich habe (...) ein großes Schatzkästlein mit interessanten Sachen, und vor TV-Auftritten hole ich das eine oder andere Gustostückerl heraus. Das hat wesentlich mehr Effizienz, als die Informationen laufend in Zeitungen zu platzieren.“
- 76 Interviews Kier, Krammer („FPÖ bringt keine Beweise und wird auch nicht gefragt“), Petrović, Rauscher („Plakative Beispiele ziehen, etwa das mit dem Schuldirektor, der säuft, wo sich dann herausstellt, der hatte Leukämie“), Vranitzky („Die Journalisten haken nicht nach“)
- 77 Etwa am 5. Februar 2000 in Erich Böhmes „Talk in Berlin“ (Stettner/Januschek 2002). Oder am 13. Jänner 2002 in einer Fernsehdiskussion „Betrifft: Rechtsstaat in Gefahr?“ über den Ortstafelstreit in Kärnten, den Haider in eine Diskussion über die Reformbedürftigkeit des Verfassungsgerichtshofes umzugestalten vermochte, und sogar noch Lob von offenbar unvorbereiteten Beobachtern über seine ‚vorbildliche Minderheitenpolitik‘ gegenüber den Kärntner Slowenen erntete. Seine Diskussionspartner hatten damals wohl erwartet, auf einen provinziellen Rechten zu treffen, erklärt der Journalist Kotanko.
- 78 Zitate von Volker Kier im Interview.
- 79 [http://www1.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/A/his/002/A00229\\_.html](http://www1.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/A/his/002/A00229_.html), abgerufen am 18.2.2002.
- 80 Zitat Krammer im Interview.
- 81 Zitat Kier im Interview.
- 82 Der Standard, 16. November 1996: „Eine wachsende Versuchung: Auch in Kärnten findet die SP-Basis zunehmend Gefallen an der FP“
- 83 Z.B.: Salzburger Nachrichten, 17.07.1993: „Vranitzky steht eindeutig hinter Minister Ausserwinkler“  
“(…) Die Aussage von FPÖ-Obmann Jörg Haider etwa, Ausserwinkler möge ‚sich selbst entsorgen‘, sei wieder ein Beispiel dafür, wie sich der ‚Führer‘ (so Vranitzky) der Freiheitlichen selbst ausgrenze.“
- 84 Es unterscheidet sich von gewissenhafteren Auseinandersetzungen mit politischen Positionen nur dadurch, wie weit es die ‚gegnerischen‘ Inhalte selbst ernst nimmt. In vorausschickenden Zugeständnissen gegenüber gegnerischen Argumentationen jenen ‚Rapport‘ zu erzielen, der einem das Gehör der Anderen eröffnet, ist notwendige Voraussetzung für jeden politischen Dialog, die Selbstverpflichtung auf und konsistente Verarbeitung der widerstrebenden Argumente hingegen das Kriterium, das eine seriöse Debatte entweder nur suggeriert, oder diese auch tatsächlich führt. In diesem Zusammenhang ist es wohl



- interessant, dass Freiheitliche regelmäßig die Enteignung gegnerischer 'Zugeständnisse' betrieben haben, wenn sie diese in politischen Reden aufgriffen, in Form von polemischen Absicherungen wie „Ihr Bundeskanzler Klima hat selbst schwere Fehler in der Zuwanderungspolitik zugegeben“ (Peter Westenthaler in einer Rede im Wr. Gemeinderat vom 21.3.1997), ihre eigenen rhetorischen Zugeständnisse aber von ihren politischen Gegnern kaum gegen sie verwendet wurden.
- 85 [http://www1.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/A/his/002/A00229\\_.html](http://www1.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/A/his/002/A00229_.html), abgerufen am 18.2.2002: „Außerdem wird der Straftatbestand auf jene Fälle erweitert, in denen Behinderte in der umschriebenen Weise diskriminiert werden.“
- 86 Stenograph. Protokoll XX/43 S.173: Abgeordneter Dr. Volker Kier (Liberales Forum): „Ich glaube, wir sind uns alle einig: Dieses Gesetz zielt genau darauf ab, das, was die Kollegin Partik-Pablé hier in den Raum gestellt hat, künftighin unter eine angemessene Verwaltungsstrafe zu stellen.“ Dass andere diesen Aspekt nicht aufgreifen, liegt wohl auch daran, dass sich ihre Kritik, etwa wie die der – selbst behinderten – Grünen Abgeordneten Haidlmayer, vor allem gegen die ÖVP richtet, die in diesem Gesetzesvorhaben ‚umgefallen‘ war. In den Materialien heißt es noch, dass „eine Umsetzung des Antrages in dieser Legislaturperiode relativ rasch möglich sein müsste“
- 87 Nach dem ‚Knittelfelder Putsch‘ im September 2002 und dem Zusammenbruch der ersten blau-schwarzen Koalition war es bezeichnend, wie freiheitliche Mandatäre ihre ehemalige Frontfrau Riess-Passer mit dem Satz diskreditierten „Wer von der Gegenseite Lob bekommt, kann nicht für unsere Anliegen sein“.
- 88 Gerade Partik-Pablé fiel 1999 im Parlament durch die offen rassistische Bemerkung über „Schwarzafrikaner“ auf, „sie sind meistens Drogendealer, und sie sind ungeheuer aggressiv“. Stenogr. Prot. XX/168 S.85.
- 89 Die Diskussion um den Freiheitlichen Reinhart Gaugg, der trotz fehlender Eignungen in eine leitende und fast unkündbare Position der Pensionsversicherungsanstalt gehievt werden sollte, zeigte, dass es für die Sozialdemokraten deshalb so schwer war, mit ihrer Kritik an diesem Vorgang durchzudringen, weil sie jahrelang unter genau der Kritik der Freiheitlichen standen, sie würden sich durch Postenschacher an der Macht halten. Jeder solche Versuch richtet sich bei einer breiten Bevölkerungsschicht automatisch gegen sie, indem sie für die Situation der parteipolitischen Postenvergabe verantwortlich gemacht werden, solange es ihnen nicht gelingt, sich über ihr eigenes Klientel hinaus die Definitionsmacht darüber zu erarbeiten, über solche Vorkommnisse richten zu können, was erst durch mittelfristige Imagepolitik erreichbar ist.
- 90 Zitat Stix im Interview: „Populismus betreiben alle, bei Haider hats funktioniert, weil er beim entscheidenden Thema ‚Ausländer‘ gepunktet hat. Sich für den Bauernbund, die Pensionen der Eisenbahner oder einen Kinderscheck einzusetzen, können alle anderen auch.“
- 91 Vranitzky erklärte im Interview, 5.6.2002: „Das spielt sich so ab, dass wasweissich – Der X sogt irgendwas um 12.15 im Mittagsjournal und um 12.40 ham die eine pampige Aussendung über die APA, gegen das. Na das hat *keine* andere Partei. Das gibt's nicht. Na? (...) Ich hab des oft erlebt und erlitten, die Freiheitlichen starten irgendeinen Angriff – oder nein: wir haben einen Angriff auf sie gestartet. Im *selben* Mittagsjournal war schon die Antwort da. Die haben einen Angriff auf uns gestartet, über irgendeinen – irgendeine Unzukömmlichkeit im – weissich – Müllverbrennungsanlage in Vöcklabruck, wenn's die gibt – uuund geschossen. Bis *meine* Leute und ich *den* in Vöcklabruck erwischt haben, der dazu was sagen kann, war der Nachmittag weg, und dann warn die Zeitungen zu und die Redaktionsschlüsse usw.. Also da haben sie aus der Ghettoisierung, aus der Bedrängnis heraus sehr schlagkräftig reagiert, allerdings nur mit wenigen Leuten. Weil sie nicht mehr gehabt haben. Die Regierungsfähigkeit ihrer Mannschaft das hamma seint Februar 2000 gesehen, is schwach, nicht? Also da is eine immense Lücke, eine immense Diskrepanz, wo am Anfang sich die Leut gedacht haben, na wenn die in die Regierung kommen, mit der Durchorganisierung und mit dem perfekten Management der raschen – des quick response – Des hams nicht gehabt.“

#### EXPERTENGESPRÄCHE

- Volker *Kier*, früher Nationalratsabgeordneter und Minderheitensprecher des Liberalen Forums, vor 1986 Sekretär des FPÖ-Vizekanzlers Steger; 18.3.2002.
- Christoph *Totanko*, Innenpolitikchef der Tageszeitung *Kurier*; 29.4.2002.
- Karl *Krammer*, Medienconsulter, ehemaliger Pressesprecher des SPÖ Bundeskanzlers Vranitzky; 17.4.2002.
- Andreas *Mölzer*, Berater Jörg Haiders, Herausgeber der rechtskonservativen Wochenschrift „Zur Zeit“, früher freiheitlicher Bundesrat und Leiter der freiheitlichen Parteiakademie; 9.7.2002.
- Monika *Mühlwert*, Bezirksrätin der FPÖ in Wien Neubau; 7.3.2001.
- Madeleine *Petrović*, grüne Nationalratsabgeordnete, langjährige Klubobfrau der Grünen; 10.5.2002.
- Hannes *Rauscher*, Leitartikerkolumnist der Tageszeitung „Der Standard“, früher Chefredakteur des „Kurier“; 15.5.2002.
- Rüdiger *Stix*, ehemaliger freiheitlicher Gemeinderat in Wien, nach dem sog. „Demokratievertrag“ 1998 aus der FPÖ ausgetreten; 16.5.2002.
- Michael *Tscharnutter*, Bezirksobmann der FPÖ in Wien Neubau; 7.3.2001.
- Franz *Vranitzky*, österreichischer Bundeskanzler a.D.; 5.6.2002.

Christa Zöchling, Redakteurin der Wochenzeitung „profil“, Autorin einer Haider-Biographie; 9.4.2002.

## LITERATUR

- Bailer-Galanda*, Brigitte (1995). Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik, Wien.
- Bailer-Galanda*, Brigitte/Wolfgang *Neugebauer* (1997). Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin.
- de Benoist*, Alain (1985). Kulturrevolution von Rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld.
- Blommaert*, Jan/Jef *Verschueren* (1998). Debating Diversity: Analysing the Discourse of Tolerance, London.
- Cicourel*, Aaron V. (1975). Sprache in der sozialen Interaktion, München.
- Cohen*, Philip (1992). „It's Racism what Dunnit“: Hidden Narratives in Theories of Racism, in: James *Donald*/Ali *Rattansi* (Hg.): Race, Culture and Difference, London, 62–103.
- Czernin*, Hubertus (1997). Der Haider-Macher: Franz Vranitzky und das Ende der alten Republik, Wien.
- de Cillia*, Rudolf (2003). „Wie kommen eigentlich wir dazu, von der EU so schlecht behandelt zu werden?“ Österreich“gespräch“ und Opferthese, in: Helmut *Gruber*/Florian *Menz*/Oswald *Panagl* (Hg.): Sprache und politischer Wandel, Frankfurt.
- Donati*, Paolo R. (1992). Political Discourse Analysis, in: Mario *Diari*/Ron *Eyerman* (Hg.): Studying Collective Action, London, 136–167.
- Edelman*, Murray (1976). Politik als Ritual: die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/M.
- Fowler*, Roger (1991). Language in the News. Discourse and Ideology in the Press, London.
- Gingrich*, Andre (2002). A Man for all Seasons: An anthropological Perspective on Public Representation and Cultural Politics of the Austrian Freedom Party, in: Ruth *Wodak*/Anton *Pelinka* (Hg.): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick.
- Goldmann*, Harald/Hannes *Krall*/Klaus *Ottomeyer* (1991). Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Klagenfurt/Celovec.
- Gotsbachner*, Emo (1999). Identitätspolitik. Ausländerbilder als symbolische Ressource in Schlichtungsverhandlungen, in: Christa *Pelikan* (Hg.): Mediationsverfahren. Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1999, Baden-Baden, 189–239.
- Gotsbachner*, Emo (2000). Schimpfkatsch und fremdenfeindliche Normalität, in: Josef *Berghold*/Elisabeth *Menasse*/Klaus *Ottomeyer* (Hg.): Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen, Klagenfurt/Celovec, 47–76
- Gotsbachner*, Emo (2001). Xenophobic Normality. The Discriminatory Impact of Habitualised Discourse Dynamics, in: *Discourse & Society*, 12/6, 729–759.
- Gotsbachner*, Emo (2002). Claim for Reciprocity: Problems of Challenging Prejudiced Discourse in Daily Interaction, in: *Crossroads of Language, Interaction and Culture (CLIC)* Vol. 4, University of California, Los Angeles, 93–114.
- Gotsbachner*, Emo (2003). Deutungsrahmen politischer Fernsehdiskussionen. in: *Gesprächsanalytisches Informationssystem*, online am Institut für deutsche Sprache, Internet: <http://www.ids-mannheim.de/prag/GAIS/InterpretationsRahmenGliederung.php>
- Gramsci*, Antonio. (1984). Notizen zur Sprache und Kultur, Leipzig.
- Gruber*, Helmut (1988) Der kleine Mann und die alten Parteien. Zum Sprachgebrauch J. Haiders 1973–87, in: *Journal für Sozialforschung*, 28/1, 137–145.
- Hannerz*, Ulf (1992). Cultural Complexity. Studies in the Social Organisation of Meaning, New York.
- Hanks*, William F. (1996). Language and Communicative Practice, Boulder.
- Januschek*, Aaron V. (1991a). Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider, Dortmund.
- Januschek*, Franz (1991b). Der rechtspopulistische Diskurs in Österreich, in: Margaret und Siegfried *Jäger* (Hg.): Aus der Mitte der Gesellschaft IV, Dortmund.
- Kallmeyer*, Werner/Reinhold *Schmitt* (1996). Forcieren oder: Die verschärfte Gangart, in: Kallmeyer, Werner. (Hg.): Gesprächsrhetorik, Tübingen.
- Kallmeyer*, Werner (2001). Perspektivenumkehrung als Element des emanzipatorischen Stils in Migranten- und Gruppen, in: E.-M. *Jakobs*/A. *Rothkegel* (Hg.): Perspektiven auf Stil, Tübingen, 401–422.
- McHoul*, Alec/Wendy *Grace* (1993). A Foucault Primer. Discourse, Power and the Subject, New York.
- Müller*, Helmut (1997). Patriot im Zwielicht, in: Rolf-Josef *Eibicht* (Hg.): Jörg Haider. Patriot im Zwielicht? Stuttgart, 71–82.
- Ötsch*, Walter (2000). Haider light – Handbuch für Demagogie, Wien.
- Parker*, Ian (Hg.) (1999). Critical Textwork. An Introduction to Varieties of Discourse and Analysis, Buckingham.
- Pelinka*, Anton (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: *ÖZP*, 31/3, 281–290.
- Plasser*, Fritz/Peter A. *Ullram* (1995). Wandel der politischen Konfliktodynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, in: Wolfgang C. *Müller*/Fritz *Plasser*/Peter A. *Ullram* (Hg.): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Wien, 471–503.
- Potter*, Jonathan (1996). Representing Reality. Discourse, Rhetoric and Social Construction, Thousand Oaks.
- Reinfeldt*, Sebastian. (2000). Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien.
- Reisigl*, Martin/Ruth *Wodak* (2001). Discourse and Discrimination. Rhetorics of Racism and Antisemitism, London.
- Rosenberger*, Sieglinde K./Christian *Stöger* (2002). „...eine freie Meinung äußern dürfen...“ Zum Vor- und Umfeld von Jörg Haider's Aschermitwochrede 2001, in: Anton *Pelinka*/Ruth *Wodak* (Hg.): „Dreck

- am Stecken“ – Politik der Ausgrenzung, Wien, 75–92.
- Ruzza, Carlo E./Oliver Schmidtke* (1993). Roots of success of the Lega Lombarda, in: *West European Politics* 16/2, 1–23.
- Scharsach, Hans-Hennig* (1992). Haider's Kampf, Wien.
- Schön, Donald/Martin Rein* (1994). Frame Reflection. Towards the Resolution of Intractable Policy Controversies, N.Y.
- Slembrouck, Stef* (2001). Explanation, Interpretation and Critique in the Analysis of Discourse, in: *Critique of Anthropology* 21/1, 33–57.
- Stettner, Kerstin/Franz Januschek* (2002). Entlarven – ein Handlungsmuster des populistischen Diskurses (am Beispiel der Haider-Talkshow von und mit Erich Böhme), in: *conflict & communication online*, Vol. 1, No. 1 ([www.cco.regener-online.de](http://www.cco.regener-online.de)).
- Wodak, Ruth* (2002). Discourse and Politics. The Rhetoric of Exclusion. in: Ruth *Wodak/Anton Pelinka* (Hg.): *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick, 33–60.
- Zöchling, Christa* (1999). Haider. Licht und Schatten einer Karriere, Wien.

#### AUTOR

Emo GOTSBACHNER. Promovierte über nicht-staatliche Rechtsmechanismen mit Feldforschungen in Ostafrika und in Wien. Forschungsauftrag des Wissenschaftsministeriums über Identitätspolitik und normalisierte Formen von Fremdenfeindlichkeit. Neuer Arbeitsschwerpunkt: Deutungsrahmen in politischen Streitgesprächen.

Kontakt: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstrasse 7, A-1010 Wien.  
E-mail: [Emo.Gotsbachner@univie.ac.at](mailto:Emo.Gotsbachner@univie.ac.at)